

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

7

VIII. Jahrgang

Hamburg, Juli 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

Es ist sehr fraglich, ob die revolutionären Unruhen in Frankreich als Ausdruck einer tiefen sozialen Unzufriedenheit mit dem de-Gaulle-System durch die Wahlen ihr Ende gefunden haben. Wenn der Wahlerfolg der Gaullisten dies vermuten ließe, könnte die „Ruhe“ nur vorläufig sein, eine Ruhe vor dem Sturm. Gewiß ist das Wahlergebnis für die Linke enttäuschend gewesen. Aber auf der anderen Seite wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß der Wahlerfolg der Gaullisten gleichzeitig eine Stabilisierung des de-Gaulle-Regimes in Frankreich bedeutet. Tatsächlich hat die Linke — Kommunisten und Linksföderalisten — nur unwesentlich an Stimmen verloren. Zusammen haben Kommunisten und Linksföderalisten 41,9 Prozent der Stimmen erreicht. Der Stimmenverlust der Kommunistischen Partei Frankreichs ist dabei am geringsten.

Obwohl die Gaullisten mit 46,39 Prozent nur 5 Prozent Stimmen mehr haben, belegen sie im Parlament 351 Sitze, gegenüber 91 der Linken. Dieses Ergebnis ist für die Bundesrepublik besonders interessant im Hinblick auf die törichten Versuche der SPD, ein modifiziertes Mehrheitswahlrecht einzuführen, das bei uns die gleichen undemokratischen Resultate haben würde wie in Frankreich.

Frankreich: Erfolge des Kampfes

Das Wahlergebnis mit seiner Verfläschung des Wählerwillens könnte bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein erwecken, als seien die Kampfmaßnahmen der Studenten und Arbeiter ohne Erfolg geblieben. Das ist aber keineswegs der Fall, denn das Resultat des Generalstreiks in Frankreich ist großartig. Politisch hat die Arbeiterschaft erreicht, daß die gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben erheblich ausgedehnt werden. Sie erzwangen die Anerkennung der Gewerkschaftsorganisationen durch die Unternehmer, das Recht auf Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen im Betrieb, Lohnausgleichszahlung für gewerkschaftliche Tätigkeit, das Recht, die Gewerkschaftspresse in den Betrieben zu verteilen, um nur die wichtigsten zu nennen. Weitere Erfolge sind die Erhöhung des garantierten monatlichen Mindestlohnes um 35 Prozent und die Erhöhung der Reallohne um durchschnittlich 10 bis 12 Prozent. Die Arbeitszeit wird bis Anfang des nächsten Jahres von 47 auf 45 wöchentliche Arbeitsstunden gekürzt bei einem fast hundertprozentigen Lohnausgleich. Daneben wurden in weiteren Bereichen der Industrie die Abschläge für Ortsklassen und die Lohnabschläge für Jugendliche aufgehoben, die Prämien sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhöht. Außerdem erzwangen die Streikenden die Bezahlung der Streiktage zu 50 Prozent sowie ein Verbot von Maßregelungen auf Grund der Streikaktion.

Geht man von der Stimmenzahl aus, so ist das politische Gewicht der Gaullisten in Frankreich nicht schwerer als das der Kommunisten und Linksföderalisten, also der Linksoption. Die hohe Zahl der Parlamentssitze kann darum nicht darüber hinwegtäuschen, daß de Gaulle keineswegs mit der Mehrheit der Franzosen im Rücken regieren kann. Sein „Sieg“ ist zudem nicht zuletzt auf die rücksichtslose Wahlpropaganda zurückzuführen, in der Antikommunismus, verbunden mit Gewalttätigkeit und Drohung, eine ebenso große Rolle spielten wie nebulöse Reformversprechungen, deren Einlösung die Bevölkerung nun fordern wird.

Provozierender Alleinvertretungsanspruch	2
■ NPD-Satellitenpartei der CDU/CSU	3
Für handlungsfähige Opposition Bericht vom OTV-Gewerkschaftstag	5
■ Große Koalition und Lohnpolitik	7
Gelähmte Handlungsfähigkeit ..	9
Halbheiten für Bundesbeamte ..	11
■ Mitbestimmung: Was will der DGB?	12
Ist Schiller ein Konjunkturmacher?	14
Grundberufe und Grundlagenfächer	17
Die DM wurde 20 Jahre alt ...	19

BILDUNGSMONOPOL

Es ist eines der geläufigsten Argumente, mit denen die „reichen Leute“ ihr Bildungsmonopol verteidigen, die arbeitende Bevölkerung hege Scheu und Abneigung, ihre Kinder studieren zu lassen. Daß das nicht stimmt, weiß jeder, aber die Privilegierten in unserem Volke können damit so schön ihr Gewissen, falls sie eines haben, beruhigen.

Jetzt hat eine Erhebung des Deutschen Studentenwerkes die wirklichen Gründe aufgeheilt, die in der Bundesrepublik dazu führten, daß nur rund 5 Prozent Arbeiterkinder studieren: Nach dieser Erhebung brauchte ein Student vor zwei Jahren für seinen Lebensunterhalt 380 DM im Monat — heute sind es rund 400 DM. Dazu kommen Studiengebühren von monatlich 25 DM. Mit den 4000 DM ist aber nur auszukommen, wenn der Student täglich nicht mehr als vier bis fünf DM für Essen, 90 DM im Monat für Miete ausgibt und sich alle Monate nur ein Buch leistet.

Der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters in der Bundesrepublik beträgt netto 600 DM! okolus

Provozierender Alleinvertretungsanspruch

**Bonner Anmaßung löst Ostberliner Reaktionen aus
Aber Zugang nach Westberlin unverändert offen**

„Ulbrichts Wegelagerer-Methoden sind ekelhaft. Wer sich nicht darüber empört, hat kein Herz.“ So kommentiert die „Welt der Arbeit“ die Einführung des Visazwanges und der Transitgebhren auf den Autobahnen von und nach Westberlin durch die DDR-Regierung, um dann zum Schluß festzustellen, es käme der DDR auf die Anerkennung an und es seien die „dümmsten Köpfe“ im Lande nicht, die sich für die Annahme dieser Forderung ausgesprochen hätten.

Es scheinen aber beim Deutschen Gewerkschaftsbund keineswegs die klügsten Köpfe zu sein, die es für zweckmäßig halten, in den Chor jener einzustimmen, die diese, für viele gewiß nicht angenehmen Verkehrsregelungen der DDR-Regierung mit einem neuerlichen Anheizen des kalten Krieges beantworten. Einmal wurden von der DDR Maßnahmen angekündigt für den Fall, daß der Bundestag sich für die Annahme der Notstandsgesetze erklären würde, eine Entscheidung, die ja zweifellos auch gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaften erfolgte, und zum anderen mußte das stndige Pochen auf den überheblichen „Alleinvertretungsanspruch“ durch die Minister der Großen Koalition die DDR zwingen, in jeder Weise deutlich zu machen, daß ihre staatliche Autorität durchaus real ist und der Alleinvertretungsanspruch für sie eine Provokation darstellt.

Es gibt in der Bundesrepublik eine Reihe erstzunehmender Persönlichkeiten, Politiker und Wissenschaftler, die sich ohne Vorbehalte für die Anerkennung der DDR ausgesprochen haben, und ihre Zahl ist gewachsen, seitdem Walter Ulbricht die DDR als einen Staat deutscher Nation bezeichnet hat und zwischen Bundesrepublik und DDR nicht ein Verhältnis schaffen will wie zwischen ausländischen Staaten. Eine Anerkennung würde die politische Situation in Deutschland zwar nicht mit einem Schlage ändern, aber es wäre der Punkt, von dem aus eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten eingeleitet werden könnte.

Es wird immer deutlicher, daß in demselben Maße, wie die staatliche Autorität und das Ansehen der DDR wachsen, der Alleinvertretungsanspruch Bonns zu einer hohlen Phrase wird. Die Geburtstagsartikel, die in den Zeitungen der Bundesrepublik anläßlich Walter Ulbrichts 75. Geburtstag erschienen waren, mußten, wenn auch zähneknirschend, eingestehen, daß das Ansehen der DDR gewachsen ist und gleichzeitig die Politik Ulbrichts Stück für Stück realisiert wurde, während die politischen Perspektiven der Bundesregierung in bezug auf das, was sie Deutschlandpolitik nennt, von Jahr zu Jahr unrealistischer und unglaubwrdiger geworden seien.

Es ist nicht der kleinliche „Autorittsanspruch“ der DDR, wie in der Bundestagsdebatte der Berliner Bürgermeister Schtz sich ausdrückte, sondern der engstirnige Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der die Herstellung normaler Beziehungen verhindert. Das in aller Sachlichkeit festzustellen und Überlegungen zu beginnen, wie die Bundesrepublik zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden kann, lge eher im Interesse der Gewerkschaften und vor allen Dingen im Interesse der Arbeitnehmer West-Berlins, für deren wirtschaftliche und soziale Existenz die Gewerkschaften sich verantwortlich fühlen.

Die Situation West-Berlins ist denkbar schwierig, und das nicht nur infolge Paß- und Visumzwanges. Zur Zeit muß Berlin aus der Kasse der Bundesrepublik mit täglich acht Millionen DM unterstützt werden. Und trotz dieser erheblichen Subventionen schrumpft die Berliner Wirtschaft: Weder spüren Arbeitnehmer Neigung, nach Berlin zu ziehen, noch können die verlockendsten Angebote seriöse Unternehmer veranlassen, ihr Kapital in West-Berlin zu investieren. 1967 sind die Investitionen in West-Berlin um mehr als 25 Prozent zurückgegangen und die Zahl der Arbeitnehmer in der Industrie schrumpfte um rund 30 000. ber 5000 Arbeitnehmer wanderten mehr aus Berlin ab, als bei aller Propaganda der Arbeitnehmer wanderten mehr aus Berlin zuzogen. Die wirtschaftliche Zukunft West-Berlins, daran ist nicht zu denken, beruht allein auf der Orientierung zum Osten. Das bedeutet aber, daß West-Berlin sich aus der politischen Vormundschaft der Bundesregierung befreit und eine eigenständige, auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bürger dieser Stadt ausgerichtete Wirtschaftspolitik beginnt.

Die künstliche Empörung, die wegen der Maßnahmen der DDR in der Bundesrepublik hochgespielt wurde, hat einzig und allein den Zweck, die Hintergründe der politischen und wirtschaftlichen Situation West-Berlins zu verdecken. Wie manipuliert diese Empörung war, geht schließlich nicht zuletzt aus der Tatsache hervor, daß auf dem Höhepunkt der Bundestagsdebatte um die „Offenhaltung der Zufahrtswege nach West-Berlin“, wie es hierzulande so falsch und demagogisch

heißt (die Maßnahmen der DDR-Regierung haben den Weg nach Berlin nicht verschlossen), von den 513 Bundestagsabgeordneten nur 105 im Plenum den Diskussionen zuhörten. Auch das „Volk von West-Berlin“ ließ von dieser Empörung nur wenig spüren. Denn zur gleichen Zeit, als die CDU zu einer Protestkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus aufrief, sahen 85 000 Berliner dem Spiel ihrer „Hertha“-Mannschaft zu. 2000 waren dem Ruf der CDU zum Protest gefolgt.

Man muß so etwas nüchtern feststellen und sich davor hüten, in das Horn jener zu blasen, die beispielsweise mit der gleichen Bosheit gegen die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften zu Felde ziehen, wie sie jede Gelegenheit wahrnehmen, zum heiligen Krieg — wenn auch zunächst nur ideologisch — gegen die sozialistische DDR aufzurufen. H. S.

Ulbricht 75

Der Staatsratsvorsitzende der DDR und Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei, Walter Ulbricht, wurde 75 Jahre. Der Respekt, mit dem in den bundesdeutschen Zeitungen der erste Mann der DDR bedacht wurde, zeigt, daß die Feststellung „an Walter Ulbricht kommt man nicht vorbei“, nicht nur das Verhältnis Bundesrepublik/DDR betrifft, sondern die Achtung, die er sich auch in der westlichen Welt erworben hat. Vor Jahresfrist schrieb der bekannte Publizist, Sebastian Haffner, Ulbricht sei „der erfolgreichste deutsche Politiker seit Bismarck“, und damit ist zum Ausdruck gebracht, daß sich die DDR gegen alle wirtschaftlichen und politischen Widerstände einen bemerkenswerten Platz unter den Weltnationen erobert hat. Das aber ist zweifellos nicht zuletzt dem politischen Wirken Walter Ulbrichts zuzuschreiben.

In Ulbricht repräsentiert sich eine neue Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden. Das ist es, was ihm den Haß jener einträgt, die an der Restauration der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festhalten, die ihren Besitz an Produktionsmitteln mit Klauen und Zähnen verteidigen, die sich gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften genauso stemmen, wie sie jede vernünftige Regelung zur Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten zu verhindern trachteten. Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß die Zukunft jener Ordnung gehören wird, die Walter Ulbricht verkörpert: der sozialistischen. H. S.

Satellitenpartei der CDU-CSU

Neonazis als Stabilisatoren des Kapitalismus Zur gesellschaftspolitischen Rolle der NPD

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat erneut bestätigt, daß die NPD in erster Linie von Bauern, Handel und Gewerbetreibenden, Freiberuflichen und Unternehmern, daß sie aber auch von Arbeitern und Angestellten gewählt wird. Urter diesen Umständen wird es immer dringender, den gegenüber der NPD Anfälligen mehr als bisher die gesellschaftspolitische Rolle dieser Partei zu verdeutlichen. Die NPD lediglich als organisatorische und politische Nachfolgerin der NSDAP hinzustellen, wird demgegenüber je länger je weniger ausreichen. Dabei bleibt unbestritten, daß die Reaktivierung nationalistischer Gefühle und revanchistischer Forderungen die allgemeinste Methode der NPD darstellt, die sozial Benachteiligten von der Verfolgung ihrer Interessen abzuziehen und an eine für sie schädliche Volksgemeinschaftsideologie zu binden.

Die NPD dient der Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die objektiv in erster Linie den Interessen der Konzern- und Bankherren entspricht. Die NPD ist bemüht, die im Zuge der Konzentration in der Wirtschaft und der Rezession von 1966/67 entstandene Unzufriedenheit aufzufangen und statt in demokratische und sozialistische in faschistische Bahnen zu lenken. Zu diesem Zweck sucht die NPD insbesondere benachbarte soziale Schichten gegeneinander einzunehmen und auszuspielen.

Die Aufmerksamkeit von Mittelstand und Bauern wird nicht auf diejenigen gelenkt, die sie tatsächlich in die Enge treiben, auf die Großbanken, die Großhandels- und Lebensmittelkonzerne, sondern auf die angeblich zu gut gestellten Lohn- und Gehaltsempfänger. In der Wahlzeitung der NPD für die baden-württembergische Landtagswahl schrieb der Landtagsabgeordnete Rudolph: „Die allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen auf der einen Seite und die erhebliche Schmälerung des Einkommens bei der Landwirtschaft bei weiter steigenden Kosten sind das Fazit der Politik dieses Jahres.“ Das ist angesichts des Abbaus von Sozialleistungen und von Lohn- einbußen der Arbeiter gerade im Jahre 1967 eine glatte Verhöhnung der Arbeiterschaft.

Ähnlich wie den Bauern wird Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinunternehmern und Kleinhändlern vorgemacht, es seien die Löhne und Sozialleistungen der bei ihnen Beschäftigten, die in erster Linie ihr Einkommen beeinträchtigten. Dabei wird neben vielem anderen die einfache Tatsache übergangen, daß gerade die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger für ausreichende Nachfrage nach mittelständischen Erzeugnissen sorgt.

Auch in der NPD weiß man, daß der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß und die wirtschaftlichen Strukturveränderungen nicht umzukehren sind. Ja, die NPD fordert in ihrem Parteiprogramm sogar die weitere Konzentration der Exportindustrie. Wenn die NPD die Bedeutung von mittelstän-

discher Wirtschaft und Bauernschaft hervorhebt, wenn sie in ihrem Programm sagt, „die Erhaltung und Stärkung des selbständigen Mittelstandes ist auch die Voraussetzung für die Abwehr der Vermassung und für die Bewahrung des gewachsenen Volkstums“, so geht es ihr um die entsprechende politische Bindung der Bauern und städtischen Mittelschichten.

Es geht der NPD darum, daß Mittelstand und Bauern einerseits nicht zu neuen genossenschaftlichen Produktions- und Vertriebsformen in ihrem eigenen Bereich kommen und andererseits nicht die Forderung nach demokratischer Kontrolle der Großwirtschaft unterstützen. So wird trotz der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion das Privateigentum zum Fetisch erhoben.

Aber die NPD sucht auch die Arbeiterschaft selbst auseinanderzudividieren: die einheimischen und die ausländischen Arbeiter, die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Vertreter. Im Parteiprogramm heißt es: „Der deutsche Arbeiter muß innerhalb unserer Volkswirtschaft vorrangigen Anspruch auf Sicherung seines Arbeitsplatzes gegenüber ausländischen Arbeitskräften haben.“ Es wird der Eindruck erweckt, als sei es der ausländische Arbeiter, der deutschen Kollegen den Arbeitsplatz weggenommen hat, und nicht das Profitstreben und das planlose Wirtschaften der Kapitalisten.

Ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit weist die NPD am klarsten als verschworenen Feind der Arbeiterklasse aus. Ihr Ziel ist, immer mehr Arbeitnehmer der Gewerkschaft zu entfremden, deren Einfluß zurückzudrängen und damit die Arbeiterschaft mehr und mehr der Unternehmerwillkür auszuliefern. Im Parteiprogramm steht: „Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden ist unser Auftrag in der industriellen Massengesellschaft. Gewerkschaften und Unternehmerverbände haben vornehmlich diesem Ziel zu dienen... Mündige Staatsbürger brauchen keinen Verbandsfunktionär als politischen Vormund!... Unternehmerverbände und Gewerkschaften dür-

fen keine wirtschaftliche Macht ausüben, außerhalb der Parlamente Einfluß auf die Staatspolitik nehmen oder selbst als Unternehmer tätig werden.“ Dazu führte die „National-Zeitung“ vom 10. Mai 1968 aus: „... die Unternehmerverbände enthalten sich jeder politischen Einflußnahme außerhalb ihrer auf Wirtschafts- und Sozialpolitik begrenzten Sphäre. Der DGB hingegen mischt sich mit Vorliebe in solche Gebiete ein, die ihn weder von seinem Auftrag noch von seiner Stellung als Treuhänder von Mitgliedsvermögen her auch nur das geringste angehen, vornehmlich in Innen- und Außenpolitik.“ Die Stroßbrichtung ist klar, ebenso die Fadenscheinigkeit der Abgrenzung politischer und nichtpolitischer Bereiche. Aufschlußreich genug ist, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Unternehmersphäre gerechnet wird.

Der Gewerkschaft wird Mißbrauch wirtschaftlicher und finanzieller Macht vorgeworfen; die Tatsache, daß ein Teil der Gewerkschaftsfunktionäre zum Apparatenken neigt, wird dazu ausgenutzt, die führenden Gewerkschafter durchweg als „betriebsfremde Funktionäre“ zu verunglimpfen. Selbstverständlich ist der NPD auch jede organisatorische Schwächung der Gewerkschaften durch Spalterorganisationen und verkappte Arbeitgeberausleger willkommen.

Die aufgezeigten Zusammenhänge machen klar: Die gesellschaftspolitische Rolle der NPD ist nicht zu trennen von der der drei etablierten Parteien, insbesondere der CDU/CSU und FDP. Sie stellt eine Ergänzung dar, dazu bestimmt, die soziale Basis des kapitalistischen Systems zu sichern und zu verbreitern. Die CDU-Satellitenparteien der Vergangenheit, Deutsche Partei, BHE und GDP, waren dazu nicht oder nicht mehr in der Lage. Die NPD übertrifft sie an Demagogie. Sie greift kleinere Mißstände des kapitalistischen Systems an, um das System als Ganzes und dessen große Mißstände um so sicherer zu erhalten. Sie spricht zudem stärker das unterschwellige nazistische Potential in der Bundesrepublik an.

Gerade die gesellschaftspolitische Rolle der NPD macht es dringend erforderlich, das Verlangen nach dem Verbot dieser Partei mit einer intensiven und systematischen Aufklärung der Arbeiterschaft über die verdeckten Absichten der NPD zu koppeln. Die Verbotsforderung allein gestattet ihr nur, zusätzlich die werbewirksame Märtyrerrolle anzunehmen. Die NPD muß — und hier liegt ein weites und verantwortungsvolles Betätigungsfeld insbesondere der Gewerkschaften — als der Gipfel eines Eisberges arbeitnehmerfeindlicher Kräfte und ihrer Politik verständlich gemacht, und mit der NPD müssen die sie bedingenden politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen bekämpft werden. H. J. H.

Für eine handlungsfähige Opposition

Arbeitnehmerprobleme sollen stärker beachtet werden Vom Unionstag der Deutschen Friedens-Union

„Gemeinsam handeln gegen Neofaschismus und Notstandsgesetze — Für Demokratie und sozialen Fortschritt.“ So lautete das Motto des 4. ordentlichen Unionstages der Deutschen Friedens-Union in Dortmund. Im Mittelpunkt der Beratungen standen im wesentlichen zwei Fragen. Einmal, wie den Machenschaften des autoritären Bonner Machtkartells Grenzen gezogen und eine demokratische Erneuerung durchgesetzt werden kann, und zum anderen, welche Möglichkeiten es gibt, die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu einer handlungsfähigen Opposition zusammenzufassen.

In einer Analyse zur Situation der Bundesrepublik am Ende der sechziger Jahre stellte die DFU fest: Das Anwachsen des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Gefahr für die Demokratie in diesem Land und ein Alarmzeichen für die Welt. Dabei beschränken sich faschistische Strömungen nicht auf die NPD. Das wird deutlich an der Haltung, die Teile der Staatsgewalt gegenüber der Wahrnehmung demokratischer Rechte einnehmen, wie überhaupt an der Intoleranz der Koalitionsparteien gegenüber alternativen politischen Auffassungen. Die Kluft zwischen freiheitlichen Verfassungsgeboten und der politischen Praxis wird immer sichtbarer.

In einem viel beachteten Referat stellte Frau Prof. Riemack fest: „Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag ist die Demokratie in diesem Lande noch nicht abgedankt worden. Der Kampf um die Demokratisierung ist nur in eine neue Phase eingetreten, und die Fronten haben sich geklärt. Illusionen sind geschwunden, trügerische Hoffnungen wurden zerschanden gemacht. Zugleich verstärkte sich jene echt demokratische Grundstimmung gegen den Mißbrauch der Macht, die notwendig ist, wenn die außerparlamentarische Opposition Gehör finden und das Meinungsmonopol des Springerkonzerns unwirksam gemacht werden soll.“

Ob es die Repräsentanten der DFU oder die anwesenden Sprecher der Studenten, der Arbeitnehmer, der Widerstandsbewegung, des SDS, der Jungdemokraten, des Liberalen Studentenbundes, der SDAJ, der Deutschen Jugendgemeinschaft, der Frauenbewegung und der Bauernschaft waren — sie alle befürworteten übereinstimmend ein breites Bündnis der demokratischen und antifaschistischen Kräfte zur Durchsetzung einer neuen Politik in der Bundesrepublik. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich jedoch über den Charakter und das vorliegende Programm der DFU sowie in den Fragen, die den Klassencharakter einer möglichen Organisation der außerparlamentarischen Opposition und die Mittel und Ziele des gemeinsamen Kampfes betreffen. Ohne aus der DFU

eine Arbeiterpartei mit sozialistischer Zielsetzung machen zu wollen, muß man kritisch feststellen, daß das Arbeiterelement, das in den Orts- und Bezirksverbänden die Hauptlast der politischen und organisatorischen Arbeit zu tragen hat, in den Unions-Führungsgremien — wie Direktorium und Bundesvorstand — nur sehr schwach vertreten ist und daß die gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmer in dem Programmwurf nicht entsprechend berücksichtigt worden sind.

Kritik übte Heinz Seeger, DFU-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Holz. „Bündnispolitik darf nicht so aussehen, daß wir uns die Hälse verrenken, wenn 100 Professoren etwas unterschreiben und darüber vergessen, was Millionen Arbeitnehmer tun.“ Seeger fuhr fort: „Ohne das Bündnis mit der Intelligenz abzuwerten, müssen wir vor allem diejenigen Menschen mobilisieren, die von einer Umwandlung der Gesellschaft am meisten zu gewinnen haben, und das sind die Arbeitnehmer. Deshalb ist es unbedingt zu begrüßen, daß der 4. Unionstag auf Antrag Seegers den Beschluß faßte, eine Kommission zu bilden, die sich mit den Problemen der Mitbestimmung beschäftigt und innerhalb der nächsten drei Monate Vorschläge für eine Demokratisierung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft unterbreiten soll.“

Ferner kamen die 180 Delegierten überein, das vorgelegte Programm auf einem außerordentlichen Unionstag zu verabschieden, um die Zielsetzung der DFU den neuen politischen Bedingungen anzupassen und die Notwendigkeit eines Bündnisses der wachsenden außerparlamentarischen Opposition mit Arbeitern, Studenten und Schülern als ihren Kern ausführlich zu begründen.

SDS-Vertreter Herbert Lederer begründete die Notwendigkeit, sich stärker als bisher auf die Arbeiterklasse zu orientieren. Die Arbeiter seien das Hauptsubjekt der kapitalistischen Ausbeutung und müßten das Hauptobjekt der Agitation werden. Lederer verwahrte sich gegen den „Mythos“ von der Jugend sowie gegen jene pseudo-revolutionären Theoretiker, die die

Arbeiterklasse abgeschrieben haben. Lange vor den Studenten und Schülern, so betonte er, hätten Berg- und Metallarbeiter unter roten Fahnen und mit der Internationale für grundlegende Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat demonstriert.

Zum Abschluß des Dortmunder Unionstages stimmten rund 800 Vertreter der außerparlamentarischen Opposition einer Entschließung zu, in der zum gemeinsamen Kampf für folgende Forderungen aufgerufen wird:

- Für die Unversehrtheit der Grundrechte, für die Abschaffung jeglicher staatlicher Zwangsverpflichtungen;
 - für die Wiederherstellung des Rechts auf Freizügigkeit;
 - für das Recht auf Arbeit und freie Berufswahl;
 - für Meinungs- und Informationsfreiheit, gegen Kriegs- und Volksverhetzung;
 - für das Demonstrationsrecht und das Recht der ungeschmälernten politischen Betätigung demokratischer Organisationen;
 - für die Wiederherstellung der legitimen politischen Rechte der sozialistischen und Arbeiterbewegung;
 - für die Umwandlung des Parlaments in ein Organ der Volksvertretung;
 - für die Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung und der studierenden Jugend — gegen Mißbrauch wirtschaftlicher, publizistischer und staatlicher Macht;
 - für die Demokratisierung der Gesellschaft;
 - für eine grundlegende Neuorientierung der westdeutschen Politik;
 - für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, das die Unversehrtheit aller europäischen Staaten voraussetzt und künftig gewährleistet;
 - für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze;
 - für die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik;
 - für die Senkung der Rüstungsausgaben;
 - für die Einstellung jedes Versuches, in die Verfügung und den Besitz von atomaren Waffen zu gelangen;
 - für die Einstellung der Unterstützung des amerikanischen Krieges in Vietnam und für die Unterstützung des Freiheitskampfes aller unterdrückten Völker.
- Was jetzt nach dem 4. Unionstag der DFU nottut, ist die Fortführung der Diskussion innerhalb der außerparlamentarischen Opposition mit dem Ziel, das Bündnis aller Demokraten zu schmieden, damit eine breite Volksbewegung mit der Arbeiterklasse an der Spitze zur Sicherung von Demokratie, Frieden und sozialem Fortschritt zustande kommt.

G. B.

Entgegen dem Mehrheitsbeschluss der Delegiertenkonferenz der SPD in Kehl, die sich gegen eine Weiterführung der Großen Koalition in Baden-Württemberg richtete, haben sich die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der SPD in Baden-Württemberg wieder für die Bildung einer Koalition mit der CDU entschieden. Damit setzten sich jene Kräfte durch, denen ein Minister-sessel wichtiger ist, als der Wille der Mitglieder Mehrheit und die aus Angst vor den Konsequenzen einer neuen Landtagswahl über den Willen der Mitglieder mit dem Argument hinweggingen, sie seien nur ihrem Gewissen verantwortlich und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Auch im Bundestag haben bekanntlich sozialdemokratische Abgeordnete und überhaupt alle Ja-Sager mit der Begründung die Notstandsgegner ignoriert und für die Notstandsgesetze gestimmt, sie seien an Wähleraufträge nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. In Wirklichkeit sind das zynische Ausreden, die ein denkbar schlechtes Verhältnis zur Demokratie, auch zur innerparteilichen, widerspiegeln.

Die Brückierung der Entscheidung der sozialdemokratischen Mitglieder in Kehl, die Große Koalition aufzugeben, um einen Ansatzpunkt für eine neue Politik zu gewinnen, dürfte der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg neue Wahlniederlagen bringen. Gewiß hätte es nicht allein genügt, die Koalitionspolitik mit der CDU aufzugeben; wenn die Partei sich vor Wählerverlusten retten wollte, hätte sie gleichzeitig eine neue und eigenständige, auf die Interessen der arbeitenden Menschen ausgerichtete Politik entwickeln müssen. Das war nicht zuletzt auch die Forderung, die die Gewerkschafter der Sozialdemokratischen Partei stellten. Gerade aus Gewerkschaftskreisen kamen ja die stärksten Widerstände gegen die Weiterführung der Großen Koalition.

Es gibt keinen Zweifel, die Entscheidung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion wird den politischen Verfall der SPD beschleunigen. Sie wird einen großen Teil jener sozialdemokratischen Wähler, besonders aus den Gewerkschaften, die aus Tradition und Solidarität ihre Stimme noch einmal der SPD gegeben haben, zu der Erkenntnis führen, daß sie von einer Partei, die sich so offensichtlich zu den Forderungen der Gewerkschaften in Widerspruch setzt, nichts mehr zu erwarten haben. Der Beschluss der Stuttgarter Landtagsfraktion dürfte nicht nur in Baden-Württemberg, sondern darüberhinaus für die Bundestagswahlen entsprechende Rückwirkungen haben.

**Dennoch Verwässerungen und Halbheiten in der Aussage
Vom 6. Gewerkschaftstag der zweitgrößten DGB-Organisation**

Wer auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr auf sensationelle Beschlüsse gewartet hat, gleich in welcher Richtung, der hatte seine Erwartungen zu hoch geschraubt. Die OTV-Gewerkschaft mit ihren 970 000 Mitgliedern, überwiegend in den Büros und Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden, kann dennoch nicht als „konservative“ Organisation im DGB gelten. Vielmehr versteht sie sich gegenüber den Tarifparteien, der Regierung und dem Parlament als „unbequeme“ Kraft, wie der wiedergewählte 1. Vorsitzende Heinz Klunker das in seinem Schlusswort in München formulierte, die „auch künftig keine Tabus respektieren“ wolle. Wenngleich es dem Gewerkschaftstag nicht immer gelungen ist, diese These zu bekräftigen, muß ihm bescheinigt werden, die Gewerkschaft OTV als eine vorwärtsdrängende gesellschaftliche Kraft in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt zu haben.

517 Delegierte berieten und beschlossen vom 30. Juni bis 6. Juli 1968 die weiteren gewerkschaftlichen Aufgaben und die Gliederung ihrer Organisation. Dabei zeichneten sich vier Schwerpunkte ab: 1. die neue Satzung, 2. die Probleme, die Rationalisierung und Automation auch in den öffentlichen Ämtern und Verwaltungen aufwerfen, 3. die allgemeine Politik und 4. die nächsten Schritte im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik.

Gegen Bürokratisierung, für Zentralisation

Der Kongreß geriet in arge Zeitnot, die nur durch zwei Spätsitzungen und straffe Diskussionsleitung gemeistert werden konnte. Der Grund: der neue Satzungsentwurf bot mit seiner Fülle von Änderungsvorschlägen ein fast unbegrenztes Diskutierfeld. Aber auch die unverkennbaren Zentralisationsbestrebungen des Hauptvorstandes, der mehr Vollmachten wünschte und zum Teil auch erhielt, forderten den Widerspruch einer großen Zahl von Delegierten heraus. So stimmte der Gewerkschaftstag zwar der neuen Regelung zu, wonach der Hauptvorstand in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftstages „die Politik der OTV bestimmt“, sie lehnten es jedoch ab, ihm die Vertretung der Organisation auf dem DGB-Kongreß zu überlassen. So werden auch weiterhin die Delegierten zu DGB-Kongressen in den Bezirken gewählt.

Gegen den Willen des Hauptvorstandes wurde auch die Zusammensetzung des Beirates, des höchsten Organs zwischen den Gewerkschaftstagen, verändert. Während der Satzungsentwurf dem HV einen Anteil von rund zwei Dritteln der Mitglieder des Beirats sichern sollte, reduzierte der Kongreß diesen Anteil auf ein knappes Fünftel zu Gunsten der Anzahl von Beiratsmitgliedern, die von den Bezirken entsandt werden. Die Tatsache, daß die Kongreßdelegierten auch die 12 Bezirksvorsitzenden der Gewerkschaft aus dem Beirat verbannten, wurde später in persönlichen Gesprä-

chen von Mitgliedern des Hauptvorstandes und von Delegierten als eine von „übertriebenem Mißtrauen“ gekennzeichnete Entscheidung kritisiert. Auf Kritik der Delegierten stieß auch die Auflösung des Frauen-Sekretariats, die in der demonstrativen Abwahl des bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Gerhard Kugoth und seine Ersetzung durch Hanna Simon einen Erfolg erzielte, wobei offensichtlich nicht die Qualität der Arbeit Kugoths, sondern eine Sympathiewelle für die weibliche Repräsentanz im Hauptvorstand den Ausschlag gab.

Eine für die OTV bedeutsame organisatorische Entscheidung traf der Gewerkschaftstag, indem er die acht Hauptfachabteilungen durch 40 Fachabteilungen ersetzte, die Zahl der hauptamtlichen Funktionen verringerte und die der ehrenamtlichen erhöhte. „Die Aktivierung der ehrenamtlichen Mitarbeit wird nicht zuletzt einen anti-bürokratischen Effekt haben und der Organisation neue Impulse auf allen Ebenen vermitteln können“, begründete Heinz Klunker die Veränderung.

Rationalisieren für bessere Dienstleistungen

Mit den sozialen Wirkungen der Automation in den öffentlichen Verwaltungen befaßte sich in seinem Referat „Erfordernde Rationalisierung und Automation eine neue Strategie der Gewerkschaften?“ der Münchener Soziologe Prof. Dr. Lutz. Im Unterschied zu manchen früheren gewerkschaftlichen Veranstaltungen, so auch zu den Automationstagungen der IG Metall, gelang es Prof. Lutz, darzustellen, daß Automation nicht nur einen wissenschaftlichen und einen sozialen Aspekt aufweist, sondern in starkem Maße Wirkungen auf die Gesamtgesellschaft hat, auf die ebenso die gewerkschaftliche Tätigkeit gerichtet sein muß.

Auf eine sehr kurze Formel gebracht, lautet die These von Prof. Lutz etwa so: Die Modernisierung und Automation in den öffentlichen Dienststellen, wie sie bereits angelaufen ist, wird unabwendbar zu Massenentlassungen

und Verdienstminderungen führen. Wenn die ÖTV-Gewerkschaft nur gegen diese Auswirkungen ankämpft, wird es den öffentlichen Arbeitgebern leicht fallen, die Öffentlichkeit gegen eine angeblich „fortschrittsfeindliche“ Gewerkschaft einzunehmen. Die Gewerkschaft müsse — neben dem ständigen Kampf zur Wahrung und Verbesserung des sozialen Standards der Arbeiter, Angestellten und Beamten — darauf dringen, daß das Automatismotiv, das bislang nur „Kostensenkung“ heiße, in „Leistungsverbesserung“ umgewandelt werde.

„Je weniger die Modernisierung bloß auf betriebswirtschaftliche Kostensenkung und je mehr sie auf Erhöhung der Qualität öffentlicher Leistungen abzielt“, so folgert Prof. Lutz, „desto größer wird die Chance für die Masse der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, daß sie auch nach der Modernisierung qualifizierte, interessante, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsplätze behalten. Es sei überdies notwendig, die Gewerkschaft im Vorbereitungsstadium zu beteiligen, statt sie — wie bisher — lediglich von Entscheidungen zu unterrichten, die vorher ohne sie getroffen wurden.“

Auch mit dem FDGB reden!

In der politischen Aussage des Gewerkschaftstages setzte sich in vielen Fällen das Bestreben des geschäftsführenden Hauptvorstandes durch, vorliegende weitergehende und eindeutige Forderungen und Wertungen durch allgemeinere und unverbindliche zu ersetzen. So wurde nach einem persönlichen Einsatz Klunckers der Hauptvorstand nicht beauftragt, „in Zusammenarbeit mit dem DGB Kontakte mit dem FDGB aufzunehmen“, sondern dies soll erst „zur gegebenen Zeit“ geschehen. Zweifellos ändert auch diese Formulierung nichts an dem Grundsatz, daß die ÖTV den FDGB der DDR in ihre ostpolitischen Beziehungen einzuschließen gedenkt. Wie die Anzahl jener Anträge, in denen Kontaktaufnahme zum FDGB gefordert wird, zeigt, ist ein beträchtlicher Teil der ÖTV-Gewerkschafter überzeugt, die „gegebene Zeit“ für solche Beziehungen sei nunmehr gekommen. Kluncker unterstrich jedoch, daß er aber nicht — wie seinerzeit im Falle der Ostkontakte überhaupt — zu einem „Alleingang“ bereit sei, sondern ein mit dem DGB und den übrigen Gewerkschaften abgestimmtes Vorgehen anstrebt. Der Gewerkschaftstag empfahl im übrigen die Ausdehnung der Beziehungen zu Gewerkschaften in sozialistischen Ländern auf die mittlere (Bezirks-) Ebene.

In der Entschliebung „Für eine Politik der Entspannung und des Friedens“ fordern die Delegierten die Vernichtung und das Verbot der Atomwaffen sowie die Beendigung des Krieges in Vietnam. Während in der Entschliebung Bemühungen um Entspannung in Europa und eine Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen

Staaten begrüßt werden, wobei davon ausgegangen wird, die Bundesregierung verfolge bereits eine solche Politik, wurde ein Antrag als „erledigt“ betrachtet, in dem die „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze“ gefordert wird. Offensichtlich konnte sich der ÖTV-Gewerkschaftstag in dieser Frage nicht zu einer deutlichen Unterscheidung von den ostpolitischen Maximen der Bonner Koalitionsregierung entschließen.

Der Gewerkschaftstag forderte das Verbot der neonazistischen NPD. „Wir dürfen uns nicht damit begnügen, dieses Verbot zu fordern“, sagte Heinz Kluncker. „Wir dürfen nicht darauf warten und bis dahin die Hände in den Schoß legen. Wir müssen die NPD politisch bekämpfen.“ Auf einer Pressekonferenz bezeichnete Kluncker dagegen das Verbot der Kommunistischen Partei als falsch. Die KPD müsse in einer Demokratie Wirkungsmöglichkeiten haben.

Die Notstandsgesetze werden in einer Entschliebung, die Vorschläge zu ihrer Bekämpfung vermissen läßt, als „Risiko für die Demokratie“ bezeichnet. Parteien, Organisationen und insbesondere alle Gewerkschafter werden aufgefordert, ihre Wachsamkeit zu verstärken und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Der Gewerkschaftstag forderte die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, und die Verkürzung der Wehrdienstzeit.

Kritik an konzertierter Aktion

In den Fragen der Wirtschaftspolitik dominierten auf dem Gewerkschaftstag die bekannten Thesen der SPD, wonach diese Partei und Prof. Schiller den entscheidenden Anteil an der Überwindung der Krise haben. Allerdings ist auch in der ÖTV-Gewerkschaft ein deutliches Unbehagen in bezug auf Schillers konzertierte Aktion zu spüren. Heinz Kluncker wiederholte in seinem Rechenschaftsbericht die drei Bedingungen, die die ÖTV seinerzeit für die Mitarbeit in der konzertierten Aktion gestellt hatte: 1. Die Tarifautonomie darf nicht eingeschränkt werden (für diese Feststellung erhielt er demonstrativen Beifall); 2. es müssen auch die Einkommensverteilung und die Vermögensbildung behandelt werden; 3. es muß Einvernehmen über die grundlegenden ordnungs- und gesellschaftspolitischen Auffassungen erzielt werden.

Kluncker verbarg nicht seine Unzufriedenheit mit der Handhabung der konzertierten Aktion: „Die Gewerkschaften sind bisher weder bei der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen noch bei der Erstellung mittelfristiger Wirtschafts- und Finanzpläne gehört worden. Wer aber den sozialen Rechtsstaat verwirklichen will, muß die Gewerkschaften bei derartigen Entscheidungen nicht nur hören, er muß sie am Zustandekommen verantwortlich beteiligen.“

Die Delegierten des Gewerkschaftstages verlangten die Herbeiführung der versprochenen „sozialen Symmetrie“, die bislang nur ein Versprechen sei, sonst nichts. In einer Entschliebung wird der Hauptvorstand zu einer aktiven Tarifpolitik aufgefordert. Weiter wurden die Einführung von Bildungsurlaub, eine bessere Bildungspolitik, die Ausdehnung des Kündigungsschutzes, die gesetzliche Verankerung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle und die Neuordnung der Beamtenbesoldung gefordert.

Der Gewerkschaftsvorstand wurde von den Delegierten aufgefordert, sich intensiver für die Verwirklichung der Mitbestimmungsforderungen einzusetzen und für die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum einzutreten“. Der DGB soll in seine Bestrebungen zur Ausdehnung der Mitbestimmung den öffentlichen Dienst einbeziehen. Das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz sollen novelliert werden mit dem Ziel, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften größere Mitsprache- und Beteiligungsrechte am Arbeitsplatz und in den Verwaltungen einzuräumen.

Der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV-Gewerkschaft hat für einen Bereich, in dem rund 2,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt sind, die nächsten Schritte vorgezeichnet und in der Politik seine Akzente gesetzt. Gewiß, manche Akzente könnten schärfer gesetzt, manche Schritte energischer getan werden, andere jedoch lassen an Deutlichkeit und Entschlossenheit nichts zu wünschen übrig. Die Diskussion in der mit fast einer Million Mitgliedern zweitstärksten Gewerkschaft ist mit dem Münchener Gewerkschaftstag nicht abgeschlossen; der Klärungsprozeß sollte bewußt vorangetrieben, die Illusionen in bezug auf die Gesamtkonzeption der Großen Koalition müssen überwunden werden. Nur ohne die aus einem unangebrachten und unbegründeten Solidaritätsverhalten hinsichtlich des sozialdemokratischen Koalitionspartners herrührenden Selbstbeschränkungen in Handlung und Aussage werden die gestellten Ziele zu realisieren sein.

Zugegeben, in einer Gewerkschaft, die die Interessen von Gasmännern, Seeleuten, Bundeswehroffizieren, Polizeipräsidenten und Oberregierungsräten, aber auch von Postbeamtinnen, Sekretärinnen und Krankenschwestern unter einen Hut zu bringen hat, ist das nicht ganz einfach. Aber darum ist es umso mehr angebracht, sich von den zusätzlichen Hemmnissen frei zu machen, die heute nicht nur der ÖTV, sondern dem gesamten DGB aus der politischen Machtkonstellation in Bonn erwachsen.

Gerd Siebert

Große Koalition und Lohnpolitik

Tarifabschlüsse noch unter Schillers Orientierungsdaten Gewerkschaften müssen zur aktiven Lohnpolitik zurückfinden

Als Ende 1966 in Bonn die Regierung der Großen Koalition gegen den Willen der Gewerkschaften und vieler SPD-Organisationen zusammengezwängt wurde, sagten die Linken in der Arbeiterbewegung eine verstärkte Rechtsentwicklung voraus. Dieser Rechtskurs, der sich in der Folge bestätigte, zeigt sich nicht nur in dem bedrohlichen Anwachsen des Neonazismus und der Annahme der Notstandsgesetze, sondern wird auch auf sozialem und ökonomischem Gebiet sichtbar. Die Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion und die falschen Rücksichten auf die sozialdemokratischen Minister in der Regierung haben sich deshalb für die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten als verhängnisvoll erwiesen.

Während die Unternehmer die im Spätherbst 1967 zu Ende gegangene zyklische Wirtschaftskrise ohne nennenswerte Verluste überstanden — viele Großunternehmen konnten trotz Produktionsrückgang sogar noch ihre Dividende erhöhen —, wurden die Lasten der Krise einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet. Durch Verzicht auf effektiv wirksame Lohnerhöhungen, Herabgruppierungen, Abbau betrieblicher Sozialleistungen, durch zeitweilige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sanken erstmals in der Nachkriegsperiode die Reallohne. Die auch in der Krise weitergestiegenen Preise haben diesen Trend noch verstärkt.

Das Kapital nutzte die Krise, um die Betriebe zu „durchforsten“ und im Hinblick auf die Beschäftigtenzahl „gesundzuschrumpfen“. Im Ergebnis dessen ist die Arbeitsproduktivität in einem ungewöhnlichen Ausmaß gestiegen, sie lag im zweiten Halbjahr 1967 um mehr als 10 Prozent über dem Vorjahresergebnis. 1968 hat sich diese forcierte Leistungssteigerung fortgesetzt. Durch die erhöhte Produktivität einerseits und die minimalen Lohnerhöhungen andererseits stehen die Unternehmer vor einer erneuten Profitexplosion, und man ist sich heute schon einig, daß die vom Sachverständigenrat prognostizierte Zunahme der Unternehmervorgewinne um 12,5 Prozent zu niedrig angesetzt ist.

Lohnabschlüsse unter den Orientierungsdaten

Auch die angekündigten Lohn- und Gehaltserhöhungen sind falsch programmiert worden; denn die im ersten Halbjahr 1968 für fast 15 Millionen Arbeiter und Angestellte abgeschlossenen neuen Lohn- und Gehaltstarife blieben, auf das ganze Jahr umgerechnet, noch unter den von den Gewerkschaften als zu niedrig bezeichneten „Lohnleitlinien“ von 4 bis 5 Prozent. Im allgemeinen haben sich die Vorstände und Tarifkommissionen der Gewerkschaften in den nur auf Verhandlungen bzw. Schlichtungen beschränkten Tarifbewegungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 2,5 bis 3,5 Prozent für das ganze Jahr 1968

und noch geringere Abschlüsse für das Bundestagswahljahr 1969 eingelassen.

Die jetzt anlaufende Konjunktur, die durch Milliarden-Steuerergüsse an die Großunternehmen einen zusätzlichen Stimulus erhielt, birgt damit bereits die Gefahr von Stagnationserscheinungen bzw. einer neuen zyklischen Krise der Wirtschaft in sich. Die unzureichenden Lohnerhöhungen, die in Folge Preissteigerungen, höherer Lohnsteuern und Sozialabgaben bestenfalls auf dem in der Krise verminderten Reallohniveau stagnieren, werden den Widerspruch zwischen Produktion und Markt, d. h. kaufkraftfähiger Nachfrage von neuem entwickeln. Den Arbeitern drohen erneut verminderte Effektivverdienste, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und verstärkte Antreiberei. Die Arbeitslosigkeit wird durch die Strukturkrisen infolge der kapitalistisch angewandten technischen Revolution noch verstärkt.

Wie man angesichts der Ergebnisse der Tarifbewegungen 1968 von einem „Erfolg“ und „beachtlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen“, so z. B. Otto Brenner in „Metall“ Nr. 12/1968 sprechen kann, bleibt unerfindlich. Auch beim Rationalisierungsschutzabkommen hat die IG Metall wesentliche Forderungen — paritätisch besetzter Personalplanungsausschuß, Ausgleichskasse — fallen gelassen und nur sehr bescheidene materielle Vergünstigungen bei Rationalisierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer über 40 Jahre, die mindestens zehn Jahre im gleichen Betrieb beschäftigt sein müssen, erreicht. Allerdings werden diese Maßnahmen nur in den Betrieben wirksam, wo durch Rationalisierung und Einführung neuer technischer Verfahren ältere Arbeiter und Angestellte von der Freisetzung betroffen sind. Für die Beschäftigten der Betriebe und Zweige, die durch die technische Entwicklung verdrängt bzw. von den Großunternehmen niederkonkurriert werden, trifft das Abkommen nicht zu.

Wenn der Vorstand der IG Metall sagt, mit dem Abkommen sei eine Grundlage geschaffen, auf der weiter aufgebaut werden könne, dann kann sich das nur auf die fernere Zukunft beziehen, denn die IG Metall hat sich auf eine Laufzeit von viereinhalb Jah-

ren eingelassen. Erst zum 31. 12. 1972 kann das Abkommen gekündigt werden. So wird bei der nächsten Rezession dieses Abkommen noch gültig sein. Für die dann von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. betroffenen Arbeiter und Angestellten kommt es nicht zur Anwendung, weil nach dem Unternehmerstandpunkt Absatzschwierigkeiten, Produktionsrückgang und Stilllegungen keine Rationalisierungsmaßnahmen sind.

Lohnpolitik und Notstandsgesetze

Eine wesentliche Ursache für die unbefriedigenden Ergebnisse der Tarifbewegung 1968 liegt in den Illusionen, die von der Wirtschaftspolitik Schillers ausgehen. Um die Position der SPD-Minister in der Regierung Kiesinger nicht zu gefährden und in dem falschen Glauben, die SPD damit vor neuen Niederlagen bewahren zu können, haben die Vorstände der Gewerkschaften eine offene Konfrontation mit dem spätkapitalistischen System vermieden. Darum verzichteten sie bei den Verhandlungen auf die Einbeziehung der Kampfkraft der Millionen organisierten Arbeitnehmer. Man kann schon eher von einer Schlichtungsbewegung als von einer Tarifbewegung sprechen. Die getätigten Abschlüsse und die Formen der Tarifaueinanderersatzungen zeigen, daß es dem Großkapital und der Bundesregierung mit Hilfe der in die Regierung hineingenommenen SPD-Minister gelungen ist, die Gewerkschaften auf tarifpolitischem Gebiet in bestimmtem Umfang in das System zu integrieren, und sozialpartnerschaftliche Tendenzen treten immer stärker hervor.

Der Verzicht auf eine stärkere Mobilisierung der Mitgliedschaft bei den Lohnbewegungen hat es den herrschenden Kreisen erleichtert, die Notstandsgesetze unter Dach und Fach zu bringen. Es ist doch nicht zu übersehen, daß diese antidemokratischen Gesetze auch die Aufgabe haben, den Unternehmern eine legale Handhabe zu geben, um bei künftigen Lohnbewegungen gegen die Gewerkschaften mit der Staatsgewalt vorgehen zu können. Ein konsequent geführter Kampf für die unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiterschaft hätte — wie das Beispiel Frankreich demonstriert — dem politischen Kampf gegen die Notstandsgesetze eine größere Wirksamkeit verliehen.

Vom Großkapital wurde diese Wechselwirkung zwischen ökonomischem und politischem Kampf durchaus erkannt. Eines seiner Sprachrohre, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die sonst nicht müde wird, die Gewerkschaften zu beschimpfen und zu verteufeln, spendete auf einmal Beifall und schrieb am 31. 5. 1968 zum Tarifabschluß der IG Metall: „In einer Zeit, in der es politisch gärt, wurde damit ein Beispiel gesetzt, daß der soziale Fortschritt in diesem Lande eine Folge von Klugheit und politischem Weitblick ist, niemals

aber das Ergebnis hysterischer, von Sachkenntnis ungetrübter Revolutionsklängelei." Auch „Der Volkswirt“ äußerte sich am 24. Mai 1968 dazu: „Die plötzliche Kompromißbereitschaft hat allerdings nicht nur sachliche Gründe. Ein Arbeitskampf in der Metallindustrie wäre zeitlich mit den Generalstreiksruhen in der Notstands- endrunde zusammengefallen.“

Zur aktiven Lohnpolitik zurückfinden

Die progressiven Kräfte in den Gewerkschaften sollten sich darauf besinnen: Um die große Masse der Arbeiterschaft für den Kampf gegen das Kapital und seine Regierung zu mobilisieren, müssen die Organisationen der Arbeiter immer von den unmittelbaren sozialen Interessen ausgehen. Wie das Beispiel Frankreich zeigt, tragen heute die sozialen Auseinandersetzungen objektiv einen unmittelbar politischen Charakter.

Wenn auf den bevorstehenden Gewerkschaftstagen die Delegierten Bilanz ziehen, wird es sicherlich manches harte Wort zur Tarifpolitik geben. Notwendig ist es, Schlußfolgerungen zu finden, um die Gewerkschaften zur aktiven Lohn- und Gehaltspolitik entsprechend dem Aktionsprogramm des DGB zurückzuführen. Immer mehr Gewerkschafter fordern, die Mitarbeit in der konzertierten Aktion so lange einzustellen, bis den Gewerkschaften ein uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Weiter verlangen die Mitglieder, daß alle tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen auf die bestehenden Löhne und Gehälter erfolgen sollen und bei Preissteigerungen durch betriebliche Vereinbarungen Zulagen durchgesetzt werden. Nicht zuletzt kommt es darauf an, die Gewerkschaften zu stärken und zu festigen. Eine konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung wird nicht nur den Mitgliederrückgang stoppen, sondern auch dazu beitragen, die gefährlichen antigewerkschaftlichen Stimmungen bei Teilen der Arbeiterschaft zu überwinden.

Dr. W. Petschick

Höchste Förderleistung in der Bundesrepublik

Nach der Statistik der Kohlewirtschaft hat die Leistung der Untertagebelegschaft je Mann und Schicht im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik im ersten Vierteljahr 1968 mit 3504 kg erstmals die 3,5-Tonnen-Marke überschritten. Sie war damit um 11,3 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schichtleistung der deutschen Bergarbeiter liegt aber auch um 12,5 Prozent höher als in Großbritannien, um 39,4 Prozent höher als den Niederlanden, um 47,4 Prozent höher als in Frankreich und um 59,6 Prozent höher als in Belgien.

Gelähmte Handlungsfähigkeit ...

Wie die Große Koalition die Gewerkschaften lähmt Faule Kompromisse von IG Metall und IG Bergbau

Die Hoffnungen, die manche Gewerkschafter in die Regierung der Großen Koalition setzten, haben sich nicht erfüllt. Statt der erhofften Fortschritte in Sachen Gesellschaftspolitik, Demokratisierung und Einkommensumverteilung standen die letzten zwanzig Monate im Zeichen der sozialen Demontage, des Abbaus der Demokratie und eines verschärften Rechtskurses. Fast ausnahmslos alle Entscheidungen der Regierung Kiesinger/Brandt — besonders in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik — wurden einseitig zugunsten der Konzerne und Unternehmer getroffen. Trotz dieser Tatsache haben es die Gewerkschaften bisher nicht vermocht, sich aus der verhängnisvollen Umklammerung durch die Bundesregierung zu lösen und gegenüber der Einheitsfront der wirtschaftlich und damit auch politisch herrschenden Kräfte eine eigenständige Politik zu entwickeln.

Wohin es führt, wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen immer wieder zurückstecken und den Parolen der SPD-Führung folgen, die sich offenbar denn je als Erfüllungsgelhilfen von CDU/CSU betätigen und die Arbeitnehmer in das monopolkapitalistische System zu integrieren suchen, beweist die Situation in der Montanindustrie. So hat sich die IG Metall mit dem Unternehmerverband Eisen und Stahl darauf geeinigt, die Löhne und Gehälter für die rund 200 000 Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie in Nordrhein-Westfalen rückwirkend vom 1. Juni 1968 an um 5 Prozent und vom 1. März 1969 ab um weitere 2 Prozent zu erhöhen. Ebenso wie in der Metallverarbeitung stimmte damit die Gewerkschaftsführung einem Tarifiergebnis zu, das man als unbefriedigend bezeichnen muß.

Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt für die Dauer eines Jahres sind äußerst dürftig, zumal wenn man berücksichtigt, daß die damit verbundene Realloohnerhöhung nur etwa 0,3 Prozent beträgt. Die letzte einkommenswirksame Lohn- und Gehaltserhöhung in der eisenschaffenden Industrie hat im Februar 1965 stattgefunden. Durch diese Periode des Lohnstopps — ganz zu schweigen von den Lohneinbußen durch Kurzarbeit, Umsetzungen und Prämienabbau — entspricht die Kaufkraft der Stahlarbeiter dem Stand von vor zwei Jahren.

Man muß der IG Metall den Vorwurf machen, sich mit den Tarifvereinbarungen von Kettwig wohl an Schillers Lohnleitlinie, nicht aber an der ausgezeichneten Produktions- und Gewinnlage orientiert zu haben. Für die eisenschaffende Industrie der Bundesrepublik ist die Rezession schon 1967 zu Ende gewesen. Im ersten Vierteljahr 1968 haben die Werke aus dem Inland 26 Prozent mehr Aufträge als vor Jahresfrist, aus dem Ausland 15 Prozent mehr erhalten. Die Rohstahlerzeugung der ersten vier Monate 1968 hat das Vorjahresniveau um 12 Prozent überstiegen. Gleichzeitig haben sich Auftragsüberhänge gebil-

det. Allgemein schätzt man, daß die Stahlerzeugung 1968 um mindestens 8 Prozent wachsen und einen neuen Rekordstand von annähernd 40 Mill. t oder mehr erreichen wird. Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß binnen 2½ Jahren die Beschäftigtenzahl um 40 000 bzw. 11 Prozent reduziert worden ist.

Die Produktion je Beschäftigtenstunde ist im Durchschnitt 1967 um 10 Prozent, im 4. Quartal 1967 sogar um 17 Prozent gewachsen. Die Produktivität der Arbeit dürfte 1968 um mindestens 12 Prozent zunehmen. Damit hätte sie sich gegenüber 1965 — dem Jahr der letzten Lohnerhöhung — um 27 Prozent verbessert. Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft beträgt der Produktivitätsfortschritt in der gleichen Zeit rund 12 Prozent.

Völlig undiskutabel sind die vereinbarten 2 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die Zeit vom 1. März bis zum 30. November 1969. Hier hat sich die IG Metall auf einen faktischen Lohnstopp bis nach der Bundestagswahl festlegen lassen. Was um so unverständlicher ist, da selbst die Bundesregierung, wenn auch aus wahltaktischen und konjunkturpolitischen Überlegungen, für 1969 ein Ansteigen der Nettolohn- und gehaltssumme um 7,5 Prozent versprochen hat. Davon können die Stahlarbeiter nun nicht mehr profitieren. Sie werden also 1969 erheblich draufzahlen müssen, nur weil Bundeswirtschaftsminister Schiller bis zu den Bundestagswahlen Ruhe an der Tariffront wünscht.

Kohle-Einheitsgesellschaft nach Unternehmernesschmack

Ein anderes Beispiel für eine unverständliche gewerkschaftliche Kompromißbereitschaft lieferte jetzt der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie. Entgegen der Forderung der Bergarbeiter und der Gewerkschaftsleitung nach Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum — was auf Grund der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Grund-

gesetztes durchaus möglich wäre — stimmte der Vorstand der IGBE im Rahmen der geheimgehaltenen Bonner Kohlegespräche dem Plan zu, die Steinkohlenzechen des Ruhrgebiets in einer privatwirtschaftlich betriebenen Einheitsgesellschaft zusammenzufassen.

Was man als angebliche „Neuordnung“ zu lobpreisen versucht, bedeutet in Wirklichkeit, daß die Konzernherren auch künftig Eigentümer der Betriebe bleiben und daß an der Spitze des Bergbaus weiterhin die Bankrotteure stehen, die sich als völlig unfähig erwiesen haben, mit den Problemen der Kohlenkrise fertig zu werden. Neu ist lediglich, daß die öffentliche Hand, also der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen, mit der Übernahme einer Bürgschaft von 3,3 Milliarden DM die Sozialisierung der Verluste tragen sollen, während die Montankonzerne die Profite einzustekken gedenken.

In Bonn ist man sich dieser Tatsache sehr wohl bewußt und wahrscheinlich auch beim Hauptvorstand der IGBE. Denn nur so ist z. B. die Entscheidung der Bundesregierung zu erklären, daß die Zechenkraftwerke, die heute eine der lukrativsten Unternehmenssparten darstellen, mit einer Kapazität von nur 90 MW auf die Einheitsgesellschaft übertragen werden und 5000 MW bei den Altgesellschaften verbleiben sollen. Über den Grundbesitz der Bergbaukonzerne herrscht Schweigen, während die Bergarbeiterwohnungen in das „Verfügungsrecht“, also nicht in das Eigentum der neuen Einheitsgesellschaft übergehen sollen.

Diese Lösung stellt zwar sicher, daß die Konzerne zusätzliche Gewinne erhalten, hat aber auf die Kohlenkrise kaum einen Einfluß. Tatsache ist nämlich, daß es die Hauptaufgabe der Einheitsgesellschaft sein soll, einen „Gewaltstilligungsplan“ nach dem Bonner „Kohle - Anpassungsgesetz“ aufzustellen, was zugleich auch die Voraussetzung für eine weitere Subventionierung im Bergbau durch den Bund ist. Das heißt, die Förderung soll binnen kürzester Frist auf etwa 77 Millionen Jahrestonnen zurückgenommen werden, wodurch Zehntausende Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Für die Preisgabe der Bergarbeiterforderungen durch den Vorstand der IGBE gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Einmal möchte man dem Sozialdemokraten Schiller das Verdienst zuschreiben, die längst überfällige „Neuordnung“ im Bergbau in Angriff genommen zu haben, obwohl inzwischen eindeutig feststeht, daß der unternehmerfreundliche Bundeswirtschaftsminister auch in diesem Fall das Geschäft der Großaktionäre zu besorgen gedenkt. Zum anderen will der IGBE-Hauptvorstand verhindern, daß die Regierungen in Bonn und Düsseldorf und besonders die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen in der Frage der Überführung der Grundstoffindustrien in Ge-

meineigentum Farbe bekennen müssen. Was in der westdeutschen Montanindustrie vorgeht, macht nur einmal mehr deutlich, daß die Gewerkschaften nicht zugleich auf zwei Hochzeiten tanzen können. Es ist ihnen unmöglich, die Interessen der Arbeitnehmer und die der Konzernherren und ihrer politischen Parteien unter einen Hut zu bringen.

Sowohl für die IG Metall als auch für die IGBE sollte es aus dieser Erkenntnis nur eine Konsequenz geben: Schluß zu machen mit der Politik der faulen Kompromisse und der Anpassung an Zielsetzungen der Bonner Regierung. Was jetzt mehr denn je nottut, ist, daß die Gewerkschaften, gestützt auf ihre Beschlüsse und das DGB-Grundsatzprogramm, der restaurativen, sozialreaktionären und rechtsorientierten Konzeption des Kabinetts der Großen Koalition eine echte Alternative gegenüberstellen und entschlossen für ihre berechtigten gesellschafts-, einkommens- und sozialpolitischen Forderungen eintreten. B. G.

Lohnerhöhung und Urlaubsgeld für Bergarbeiter

Nach mehr als zwei Jahren Lohn- und Gehaltsstopp im Steinkohlenbergbau erhalten die Arbeiter und Angestellten ab 1. Juli 1968 eine Einkommenszulage in Höhe von 5,5 Prozent, die voll wirksam werden soll. Da der alte Tarifvertrag am 31. Mai ausgelaufen ist und der neue bis zum 31. Dezember 1969 gilt, beträgt die tatsächliche Lohn- und Gehaltsaufbesserung, auf einen Zeitraum von 12 Monaten bezogen, nur 3,5 Prozent. Sie liegt damit erheblich unter dem ebenfalls auf 12 Monate bezogenen vorausgeschätzten Wirtschaftswachstum von 5 bis 6 Prozent und der von Wirtschaftsminister Schiller als „vertretbar“ erachteten Leitlinie für Lohnerhöhungen von 4 bis 5 Prozent.

Dieses für die Arbeiter und Angestellten im Steinkohlenbergbau enttäuschende Ergebnis der Lohnbewegung wird nur dadurch etwas verbessert, daß ab 1. Januar 1969 ein jährliches Urlaubsgeld von 180 DM gezahlt wird, das sich ab 1. Januar 1970 auf 240 DM erhöht. Anfangs hatte die IG Bergbau und Energie eine Einkommensverbesserung von 7,5 Prozent gefordert. Nachdem die Zechen jedoch nur 3 Prozent angeboten hatten, wurde neben der Großen Tarifkommission der Hauptvorstand aktiv, der in zwei Spitzengesprächen mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau das genannte Ergebnis vereinbarte.

Die Tarifkommissionen der IG Bergbau an der Saar, in den Revieren Aachen und Ibbenbüren wurden aufgefordert, mit den zuständigen Unternehmerverbänden gleiche materielle Vereinbarungen wie an der Ruhr zu treffen.

Veto gegen Bonn

Der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung hat es abgelehnt, für Strukturprogramme der Bundesregierung erneut 600 Millionen DM aus den Beiträgen der versicherten Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen. Er faßte diesen Beschluß bezeichnenderweise gegen die Stimme des neuen Präsidenten der Bundesanstalt, des CDU - Bundestagsabgeordneten Stingl.

Sein Veto gegen die Absichten der Regierung begründete der Vorstand der Bundesanstalt damit, daß der größte Teil der 600 Millionen DM nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern für den Straßenbau verwendet werden soll. Die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung rechnet in diesem Jahr ohnehin mit einem Defizit von 1,3 Milliarden DM. Das ist nicht nur auf den Rückgang der Beitragseinnahmen und die erhöhten Leistungen als Folge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sondern auf die schon bis jetzt erfolgte Inanspruchnahme der Gelder der Arbeitslosenversicherung durch die Bundesregierung für versicherungsfremde Aufgaben zurückzuführen.

Auch der Verband der Rentenversicherungsträger hat sich mit einer Entschliebung erneut „gegen die Aushöhlung der Finanzgrundlage der Rentenversicherung durch gesetzliche Maßnahmen gewandt. In der Entschliebung wird festgestellt: „Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, der vornehmlich als Ausgleich für Kriegsfolgelasten gedacht ist, um rund 4 Milliarden DM, ist schon in Anbetracht künftiger schwerer Belastungen der Rentenversicherung völlig unverständlich. Die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger fordert in Sorge um Bestand und Entwicklung der deutschen sozialen Rentenversicherung Bundesregierung und Parlament auf, davon abzusehen, den Ausgleich des Bundeshaushaltes durch finanzielle Inanspruchnahme der Träger der sozialen Rentenversicherung zu suchen.“

Die entschiedene Stellungnahme der Organe der Arbeitslosen- und Rentenversicherung macht nicht nur die Gefahren deutlich, die von der Politik und den Maßnahmen der Regierung der Großen Koalition für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer und den Bestand ihrer Sozialversicherung ausgehen. Sie ist auch ein Beispiel für den Wert und die Bedeutung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, auch wenn diese in ihrer heutigen Form den Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften nicht entspricht. A. B.

Kongreß im Zeichen der Kohlenkrise

9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie Verpaßte Chance für gemeinwirtschaftliche Lösung

Rund 84 000 Mitglieder hat die IG Bergbau und Energie seit 1964 verloren, während gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten im Bergbau um fast 150 000 zurückgegangen ist. Der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten in der Bergbauwirtschaft ist somit im gleichen Zeitraum von 70,6 Prozent auf 76,6 Prozent gestiegen; allerdings hat sich der Rentneranteil von 25,5 auf 35,3 Prozent erhöht. Ende 1967 waren noch 425 000 Arbeiter und Angestellte in der IG Bergbau organisiert. Das ist die Mitgliederbilanz, wie sie auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftskongreß der IGBE Ende Juni in Dortmund vom Hauptvorstand bekanntgegeben wurde.

Der ganze Kongreßverlauf stand im Zeichen der Krise und der Unsicherheit im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik, die auch durch die Vereinbarung von Regierung, Gewerkschaft und Unternehmern, eine Kohle-einheitengesellschaft zu bilden, nicht aus der Welt geschafft werden konnte. Die Konzeption von Wirtschaftsministerium und Zechenherren, den Bergbau „gesundschrumpfen“ zu lassen, weitere Zechen stillzulegen und noch Zehntausende Bergleute auf die Straße zu setzen, gilt unverändert. Nur sollen in Zukunft die Betroffenen materiell besser abgefunden werden.

Die Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Bergbau gaben sich in Dortmund alle Mühe, die Gründung der Einheitengesellschaft als Erfolg gewerkschaftlicher Bemühungen und faktisch als das Ende der Kohlenkrise zu preisen. Dennoch mußte Fritz Pott feststellen: „Trotz dieser Erfolge ist die wirtschaftliche Abhängigkeit, die wirtschaftliche Unselbständigkeit der Arbeitnehmer geblieben. Geblieben ist auch die persönliche Abhängigkeit, die Unterstellung unter die Weisungsbefugnis des Arbeitgebers... Die Aufgaben aber, die der Gewerkschaft für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer im Betrieb gestellt sind, sind im Grunde gleichgeblieben.“

Das ist genau genommen eine harte Kritik an der Politik der IGBE. Man kann in diesem Zusammenhang dem Hauptvorstand nicht den Vorwurf ersparen, die in der Gewerkschaftssatzung geforderte und nach Grundgesetz und Landesverfassung mögliche Überführung des Steinkohlenbergbaus in Gemeineigentum versäumt zu haben. Die von Fritz Pott beklagte „persönliche Abhängigkeit“ des Bergarbeiters vom Unternehmer — dazu noch von einer Unternehmerschaft, die den Unfähigkeitssachweis in bezug auf eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Menschenführung schon erbracht hat — hätte die IG Bergbau durch konsequentes Anstreben einer gemeinwirtschaftlichen Lösung für die Kohlewirtschaft überwinden können.

Wie bei der Lösung der Strukturprobleme der Hauptvorstand, so zeigte sich in einer anderen Frage der Kongreß selbst nicht auf der Höhe real-

politischer Erfordernisse: Während der begrüßenswerte Beschluß gefaßt wurde, Beziehungen zu den Bergbau-gewerkschaften in den osteuropäischen Staaten herzustellen, wird in der Entscheidung zur deutschen Frage zwar eine „realistische Beurteilung“ der Wiedervereinigungschancen verlangt, gleichzeitig aber erklärt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Kontaktaufnahme zwischen DGB und FDGB nicht in Frage komme. Von einer realistischen Betrachtungsweise ist da nicht viel zu spüren, zumal es einleuchten dürfte, daß von Wiedervereinigungschancen bestimmt nicht die Rede sein kann, wenn im Gefolge der Politik Bonns auch die Gewerkschaften ihr Verhältnis zur DDR nicht in Ordnung bringen wollen.

Dieser Kongreß war mit einem Riesenaufgebot an politischer Prominenz zwar nicht zu übersehen, aber etwas weniger „Show“, Regie und Pathos und dafür mehr Entfaltungsmöglichkeiten für jene Fragen, die den Alltag der Bergarbeiter beschäftigten, hätten den 9. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie für die zukünftige Arbeit bedeutender gemacht. K. Ki.

IG Chemie vereinbart Bildungsurlaub

Für die rund 30 000 Beschäftigten der Hohlglas erzeugenden, verarbeitenden und veredelnden Industrie hat die IG Chemie-Papier-Keramik die Erhöhung des Urlaubsgeldes für zwei Jahre um je eine DM und die Heraufsetzung der Prämienmindestverdienstgrenze von 10 auf 12 Prozent vereinbart. Arbeitnehmer, die in den Betrieben im Rahmen der Betriebsverfassung eine Funktion ausüben, erhalten künftig auf die Dauer bis zu zwei Wochen im Kalenderjahr unbezahlten Bildungsurlaub. Zur Teilnahme an Tarifverhandlungen und an damit verbundenen Besprechungen ist Mitgliedern von Tarifkommissionen Freizeit ohne Anrechnung auf den Urlaub zu gewähren.

Die Forderung, die zunächst zum Scheitern der Verhandlungen geführt hatte, nämlich die Tarifierung des Weih-

nachtsgeldes oder die Nichtanrechnung des freien Samstags als Urlaubstag, hat die Gewerkschaft fallen gelassen. Für die Beschäftigten der Hohlglas erzeugenden Industrie konnte die IG Chemie jetzt außerdem einen ab 1. Juli 1968 gültigen „technologischen Schutzvertrag“ und Lohn- und Gehalts-erhöhungen zwischen 4,5 und 5,5 Prozent durchsetzen. Bei Umsetzungen, Versetzungen, Umgruppierungen, Umschulungen und Entlassungen erhalten die Beschäftigten Verdienstgarantien, Übernahme der Umschulungskosten durch die Arbeitnehmer, verstärkten Kündigungsschutz und bei nicht zu vermeidenden Entlassungen Abfindungszahlungen. Die Kriterien dafür sind eine Betriebszugehörigkeit von mindestens 10 Jahren und ein Mindestalter von 40 Jahren.

Metall-Schlichtung in Bayern

Der Tarifkonflikt ist auch in der metallverarbeitenden Industrie Bayerns beendet worden. Die Bezirksleitung München der IG Metall und der Verein der Bayerischen Metallindustrie billigten Ende Juni einen Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle, wonach rückwirkend ab 16. Mai 1968 die Löhne, Gehälter und Lehrlingsvergütungen um 4 Prozent erhöht werden. Ab 1. Januar 1969 sollen sie um weitere 3 Prozent angehoben werden.

Sondertarifvertrag bei VW

Für die etwa 90 000 Arbeiter und Angestellten der Volkswagenwerke sind Mitte Juni zwischen der IG Metall und der Unternehmensleitung neue Lohn- und Gehaltstarifverträge und ein Rationalisierungsschutzabkommen vereinbart worden. Rückwirkend ab 1. April werden die Löhne und Gehälter um 4,2 Prozent und ab 1. Januar 1969 um weitere 3,75 Prozent erhöht. Bei Kurzarbeit sollen die Betroffenen statt bisher 50 Prozent künftig 60 Prozent des ausfallenden Verdienstes bekommen. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt 20 Monate; sie können erstmals zum 31. Dezember 1969 gekündigt werden. Das Rationalisierungsschutzabkommen, das Entschädigungszahlungen bei Umsetzungen und Entlassungen aus Rationalisierungsgründen vorsieht, orientiert sich an dem Abkommen, das die IG Metall im Mai für die gesamte Metallindustrie der Bundesrepublik abgeschlossen hat.

9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Vom 2. bis 7. September 1968 wird in München der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stattfinden. Wie die Gewerkschaft jetzt mitteilte, wird der 1. Vorsitzende, Otto Brenner, über das Thema „Sicherheit und Fortschritt durch eine starke IG Metall“ sprechen.

Nur Halbheiten für Bundesbeamte

Lineare Erhöhung der Bezüge für Bundesbeamte Besoldungsneuregelung läßt weiter auf sich warten

Trotz aller Bemühungen des DGB und der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist es nicht gelungen, den bereits vom Bundesrat im ersten Durchgang gebilligten Entwurf des 2. Besoldungs-Neuregelungsgesetzes (2. BesNG) vor der Sommerpause des Bundestages endgültig verabschieden zu lassen. Statt struktureller Verbesserungen für den einfachen und mittleren Dienst wird es mit dem „1. Besoldungsänderungsgesetz“, dem der Bundestag Ende Juni in zweiter und dritter Lesung zugestimmt hat, ab 1. Juli für alle Bundesbeamten eine 4prozentige Erhöhung des Grundgehaltes und des Ortszuschlages geben.

Großsprecherisch hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr verkündet, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung würden die Beamten 1968 eine 4prozentige Gehaltsaufbesserung bekommen, für die folgenden Jahre sogar um 5 Prozent. Damit — so hieß es — würde man sie der allgemeinen Einkommensentwicklung anpassen und den eingestandenen Nachholbedarf in der Beamtenbesoldung beseitigen. Da das 4. Besoldungsänderungsgesetz erst Mitte dieses Jahres in Kraft tritt, bleiben ganze 2 Prozent im Jahresschnitt übrig. Der größte Mangel ist aber, daß die dreistufige Besoldungsreform und damit die Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in den Anfängen steckenblieb, obwohl Innenminister Benda in seinem ersten Gespräch über beamtenpolitische Probleme seit seinem Amtsantritt den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften DPG, GdED, GEW und OTV eine positive Zusicherung abgab.

Seitens der Gewerkschaften wird in diesem Zusammenhang nicht verkannt, daß damit aber auch bestimmte, sehr nachteilige Bestimmungen des Entwurfes des 2. BesNG erst einmal auf Eis gelegt worden sind. Die Deutsche Postgewerkschaft nimmt zu der neuen Entwicklung der Beamtenbesoldung u. a. wie folgt Stellung:

■ Die weitere Erhöhung der Grundgehälter und die Einbeziehung des Ortszuschlages (einschließlich der vorhandenen Amts- und Stellenzulagen) ist zu begrüßen.

■ Die von den Gewerkschaften abgelehnte Einführung einer Bewährungsbeförderung und die damit verbundene Ausbringung fester Quoten für die ersten Beförderungsjahre in den Stellenschlüsseln unterbleibt.

■ Für den einfachen Dienst werden keine festen Stellenschlüssel eingeführt.

Als bedauerlich sieht die DPG an, daß ■ bei der Umstellung auf allgemeine Besoldungserhöhungen die Bundesregierung nicht den Richtlinien des Wirtschaftsministeriums folgte und eine Erhöhung um mindestens 5 Prozent vorsieht;

■ ein Abbau des Besoldungsrückstandes durch die vorgeschlagene Erhöhung nicht eintritt;

■ die wenigen strukturellen Verbesserungen des 2. BesNG, insbesondere die geplante Technikerzulage, zunächst nicht eintreten;

■ der Katalog der Wünsche für das nächste Besoldungsneuregelungsgesetz durch die Verschiebung so groß wird, daß die notwendige volle Finanzierung im Haushalt 1969 schwierig wird;

■ die Ruhestandsbeamten nicht in gefordertem Maße an den strukturellen Verbesserungen des 1. BesNG beteiligt werden.

In einer Entschliebung des Bezirkes Hamburg der DPG wird der DGB aufgefordert, mit allen Mitteln für eine beschleunigte Durchführung der seit Jahren geforderten echten Besoldungsreform einzutreten und die Beamten, nötigenfalls auch die Arbeiter und Angestellten, zu geschlossenen Aktionen aufzurufen.

Mit der wiederum linear erfolgten Besoldungsverbesserung bleibt das Problem der offensichtlichen Benachteiligung der unteren Beamtengruppen, insbesondere der des einfachen und mittleren Dienstes — immerhin 80 Prozent aller Beamten —, weiter bestehen. Die grundsätzliche Abkehr von der linearen Erhöhung, um dafür gezielte Besoldungserhöhungen zu erreichen, sollte in Zukunft verstärkt vom DGB und seinen Gewerkschaften vertreten werden. Der Vorschlag des DGB, allen Besoldungsgruppen einheitlich 50 DM als Verbesserung zukommen zu lassen, würde verhindern, daß die „Schere“ zwischen niedrigen und hohen Einkommen noch weiter wächst. U. S.

13. Gehalt

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft OTV haben die Zusatztarifverträge über die Zahlung einer sogenannten „Dritteltzuwendung“ für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes gekündigt. Diese Vereinbarung war Ende 1964 zustande gekommen und sieht die Zahlung eines 13. Monatseinkommens grundsätzlich vor, zunächst jedoch nur in Höhe von einem Drittel des Monatseinkommens.

Während die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Postgewerkschaft jetzt die Erhöhung der Leistungen auf ein volles 13. Monatseinkommen verlangen, fordert die Gewerkschaft OTV nur ein zweites Drittel. Warum die drei DGB-Gewerkschaften in der Frage des 13. Gehältes nicht einheitlich vorgehen, ist einem außenstehenden Betrachter nicht ganz begreiflich. Möglicherweise haben bei den Mitgliedern der Großen Tarifkommission der OTV, die für den Beschluß verantwortlich zeichnen, taktische Überlegungen eine Rolle gespielt.

Der harte Tarifkampf der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Ende 1967 neben Lohn- und Gehaltserhöhungen auch die Verkürzung der Arbeitszeit mit sich brachte, zeigt jetzt seine positiven Auswirkungen auch für die Beamten. So sah sich die Bundesregierung nunmehr genötigt, einer ständigen DGB-Forderung näherzukommen und einen Gesetzentwurf für die Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für Beamte von 44 auf 43 Stunden zum 1. Januar 1969 und auf 42 Stunden ab 1. Januar 1971 vorzulegen. Der Entwurf sieht weiter die Herabsetzung der höchstzulässigen Wochenarbeitszeit von 53 auf 52 Stunden vor. U. S.

Schlichtungsvorschlag im Versicherungsgewerbe

Eine Erklärungsfrist bis zum 5. Juli räumte die Schlichtungsstelle des privaten Versicherungsgewerbes den Tarifparteien ein, um sich für oder gegen die Annahme eines Schlichtungsvorschlages in dem Tarifkonflikt in dieser Branche zu entscheiden. Da die Gewerkschaften HBV und DAG eine Erhöhung der Tarifgehälter um „mehr als 5 Prozent“ verlangten, die Versicherungen aber nur „weniger als 5 Prozent“ zugestehen wollten, empfahl die Schlichtungsstelle eine Gehaltserhöhung von 5 Prozent, mindestens aber 40 DM im Monat, sowie die Erhöhung der Lehrlingsvergütungen, der Verantwortungszulagen und der Tages- und Übernachtungsgelder.

Geringere Spartätigkeit der Haushalte

Um 234,6 Millionen DM geringer war im April 1968 nach jetzt vorliegenden Zahlen der Spareinlagenzuwachs gegenüber April 1968. Die Einlagen von Privatpersonen nahmen sogar um 309,3 Millionen DM weniger zu als vor einem Jahr. Eine höhere Einlagensteigerung als im Vorjahresmonat erzielten dagegen mit plus 34,0 Millionen DM gegenüber plus 1,9 Millionen DM im April 1967 die Unternehmen und mit plus 95 Millionen DM gegenüber plus 73 Millionen DM die öffentlichen Stellen.

Mitbestimmung: Was will der DGB?

Drei Ebenen: Unternehmen, Arbeitsplatz, Gesamtwirtschaft Übersicht über die Forderungen der Gewerkschaften

„Wer Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer ablehnt, wer Wirtschaftsunternehmen mit Kasernenhöfen vergleicht, wer Eigentumsbegriffe definiert wie zu Zeiten des Weberaufstands, als ganz private und persönliche Angelegenheit des Kapitalisten — der wird eines Tages erleben, daß er nichts mehr mitzubestimmen hat. Wer die Evolution nicht will, wird die Revolution bekommen.“ Diese Warnung richtete der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg in der „Welt der Arbeit“, Nr. 24 vom 14. Juni 1968 an die Unternehmer. Sie kennzeichnet die Härte, mit der die Mitbestimmungsdiskussion zur Zeit geführt wird. Die Unternehmer wollen kein Jota von ihrer Alleinverfügung über die Wirtschaft, die Existenzgrundlage des ganzen Volkes, abgeben. Die Gewerkschaften wollen gerade diese Alleinverfügung einer kleinen Minderheit beseitigen und den Arbeitnehmern Mitspracherechte verschaffen. Dennoch ist in der Arbeiterschaft, selbst bei Gewerkschaftern, das Wissen um die konkreten diesbezüglichen Forderungen des DGB ungenügend. — Der nachstehende Artikel aus dem DGB-Informationsdienst „Gewerkschaftspresse“, Nr. 104 vom 27. 5. 1968 gibt eine gedrängte Übersicht über die gegenwärtigen Mitbestimmungsforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf den drei Ebenen: 1. qualifizierte Mitbestimmung im Unternehmensbereich, 2. betriebliche Mitbestimmung, 3. gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung. Auf dieser dritten Ebene allerdings sind die Vorstellungen der Gewerkschaften noch sehr ungenügend.

Vorschläge zur Mitbestimmung auf Unternehmensebene

Der DGB fordert die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle großen Kapitalgesellschaften der deutschen Wirtschaft. Er knüpft mit seinen Vorstellungen an die bewährte Regelung im Montanbereich an. Die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in allen großen Kapitalgesellschaften bedeutet demnach nichts grundlegend Neues, sondern lediglich die Erweiterung einer in einem Teilbereich bereits bestehenden Institution. Denn in der Montanindustrie (Bergbau und Eisen und Stahl erzeugende Industrie) hat schon das Mitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951 die Beteiligung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene in einer Form geregelt, die — abgesehen von wenigen Veränderungen in Nebenpunkten — als Musterlösung für die Gesamtwirtschaft geeignet ist. Die Beschränkung dieser Regelung auf den Montansektor ist durch nichts mehr gerechtfertigt.

Die geplante Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung bezieht sich, genau wie alle schon bestehenden Regelungen, nur auf Unternehmen, die in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft betrieben werden. Darin mag insofern eine gewisse Unausgewogenheit liegen, als auf diese Weise sämtliche Unternehmen von Einzelkaufleuten und Personengesellschaften, selbst wenn sie noch so groß sind, von der qualifizierten Mitbestimmung nicht erfaßt werden. Eine Einbeziehung dieser Unternehmen würde jedoch schwierige rechtliche Probleme aufwerfen, die auch in der Wissenschaft noch nicht endgültig geklärt sind. Im übrigen ist die Zahl der Großunternehmen, die in der Rechtsform des Einzelkaufmanns oder der Personengesellschaft betrieben werden, sehr gering und außerdem ständig rückläufig.

Ferner soll sich die qualifizierte Mitbestimmung nach den Vorstellungen des DGB nicht auf alle Unternehmen der genannten Rechtsform erstrecken, sondern nur auf Großunternehmen und Großkonzerne. Die Festlegung der Größenmerkmale dieser Unternehmen hat bisher keine gesetzliche Parallele. Die Größe der Unternehmen soll bestimmt werden durch eine Kombination von Merkmalen, die für Größe und volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens repräsentativ, genau fixierbar und ohne große Schwierigkeiten feststellbar sind. Als solche Merkmale bieten sich die Arbeitnehmerzahl und die Bilanzsumme als angemessener Ausdruck für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital an. Zum Ausgleich von Verzerrungen, die sich namentlich bei besonders arbeitsintensiven oder besonders kapitalintensiven Unternehmen ergeben können, soll außerdem die Größe „Umsatz“ als zulänglicher Ausdruck des unternehmenstypischen Leistungsergebnisses herangezogen werden. Ausschließlich diese objektiven Merkmale sollen Grundlage für die Anwendung der qualifizierten Mitbestimmung sein.

Als konkrete Größe für die drei angeführten Merkmale schlägt der DGB vor, von 2000 Arbeitnehmern, 75 Mill. DM Bilanzsumme und 150 Mill. DM Umsatz auszugehen. Wenn ein Unternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft zwei dieser Werte erreicht, soll bei ihm die qualifizierte Mitbestimmung eingeführt werden. Für die Größenbestimmung von Konzernen gilt grundsätzlich das gleiche. Besondere Vorschriften sind allerdings nötig für Banken und Versicherungsunternehmen, weil bei beiden die Größe „Umsatz“ für das Leistungsergebnis nicht repräsentativ ist. Die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung läßt den Aufbau und die Organisation der erfaßten Kapitalgesellschaften und ihrer Organe im wesentlichen unberührt.

Die Aktiengesellschaft, die die ausgeprägteste Form der Kapitalgesellschaft darstellt, hat drei Organe, nämlich die Hauptversammlung, den Aufsichtsrat und den Vorstand. Während die Hauptversammlung als die Versammlung der Aktionäre in den grundsätzlichen Fragen der Gesellschaft beschließt, hat der Vorstand die laufenden Geschäfte zu führen und die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Zwischen Vorstand und Hauptversammlung fungiert der Aufsichtsrat, der die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen hat, die Vorstandsmitglieder bestellt und abberuft sowie an wichtigen Unternehmensentscheidungen beteiligt ist.

Bei der Hauptversammlung ändert sich durch die qualifizierte Mitbestimmung hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nichts. Der Aufsichtsrat soll demgegenüber künftig — wie schon jetzt in der Montanindustrie — mit einer gleichen Zahl von Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern unter Einschluß einer neutralen Person besetzt werden. Wenn der Aufsichtsrat etwa aus 15 Mitgliedern besteht, sollen ihm sechs Aktionärsvertreter und ein „weiteres Mitglied“, sechs Arbeitnehmervertreter und ein „weiteres Mitglied“ und eine fünfzehnte, ebenfalls als „weiteres Mitglied“ zu bezeichnende Person angehören; drei der Arbeitnehmervertreter müssen in einem Betrieb des Unternehmens beschäftigt sein. Bei besonders großen Unternehmen kann der Aufsichtsrat auch aus 21 Mitgliedern, bei kleineren Unternehmen aus 11 Mitgliedern bestehen, wobei die Zusammensetzung nach den gleichen Grundsätzen zu erfolgen hat. Während die betrieblichen Arbeitnehmervertreter durch die Betriebsräte gewählt werden, sind die außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter durch die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zu entsenden. Das neutrale Mitglied ist von den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern zu wählen.

Für die Vorstände der qualifiziert mitbestimmten Aktiengesellschaften werden Arbeitsdirektoren zwingend vorgeschrieben; sie sollen die gleiche Rechtsstellung wie die anderen Vorstandsmitglieder haben.

Bezüglich der übrigen Typen von Kapitalgesellschaften gilt für die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung im wesentlichen das gleiche. Lediglich der bei ihnen vielfach nur fakultativ vorgesehene Aufsichtsrat wird zwingend vorgeschrieben.

Vorschläge zur Betriebsverfassung

Eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muß in erster Linie bei den Fragen einsetzen, deren gesetzliche Regelung sich in der betrieblichen Praxis bisher als mangelhaft erwiesen hat.

Die Gewerkschaften, die nach der Konstruktion des Betriebsverfassungsgesetzes vollständig von der gesetzlichen Betriebsvertretung getrennt sind,

müssen erweiterte Rechte erhalten. In diesem Zusammenhang muß sichergestellt werden, daß die Betriebsratsmitglieder sich in den Betrieben auch als Beauftragte ihrer Gewerkschaften betätigen können.

Da in der Praxis — wie die vorliegenden Untersuchungen gezeigt haben — die Rechte des Betriebsrats auf den Gebieten am stärksten in Anspruch genommen werden, in denen ein echtes erzwingbares Mitbestimmungsrecht besteht, müssen die bisherigen Beteiligungsrechte des Betriebsrats zu einem umfassenden System der gleichberechtigten Mitbestimmung ausgebaut werden.

Die schon vorhandene Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten muß auf weitere Fragen dieses Bereiches, die in den letzten Jahren in den Vordergrund getreten sind, erweitert werden. Auch in allen personellen Fragen ist eine gleichberechtigte Mitbestimmung des Betriebsrats einzuführen. Nur in dringenden Ausnahmefällen sollte der Arbeitgeber die Möglichkeit erhalten, eine vorläufige Einstellung oder sonstige personelle Maßnahme ohne Zustimmung des Betriebsrats vorzunehmen. Kommt eine Einigung mit dem Betriebsrat nicht zustande, soll auch in personellen Angelegenheiten eine verbindliche Entscheidung durch eine Einigungsstelle erfolgen.

In wirtschaftlichen Angelegenheiten ist eine verstärkte Mitwirkung des Betriebsrats insbesondere in allen Fragen vorzusehen, die sich aus Umstellungen im Rahmen der fortschreitenden technischen Entwicklung ergeben. Die bisherigen Beschränkungen der Mitwirkung des Betriebsrats bei Änderungen des Betriebszweckes oder der Einführung neuer Arbeitsmethoden, die auf Veränderungen der Marktlage beruhen bzw. dem technischen Fortschritt entsprechen oder ihm dienen, müssen entfallen.

Auch der bestehende Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder muß verbessert werden, um eine Behinderung der Betriebsratsarbeit durch unbegründete fristlose Kündigungen zu vermeiden. Die Mitglieder des Wahlvorstandes und die Kandidaten bei der Betriebsratswahl müssen ebenso wie die Mitglieder der Jugendvertretung einen besonderen Kündigungsschutz erhalten. Die Rechte der Jugendvertretung müssen erweitert werden. Die Betriebsratswahlen sollten in Zukunft im Rahmen eines festen Wahlzeitraumes stattfinden, um der Betriebsratswahl in der Öffentlichkeit eine stärkere Resonanz zu verschaffen. Das passive Wahlrecht bei der Betriebsratswahl sollte auf alle Wahlberechtigten, also auch auf die ausländischen Arbeitnehmer, ausgedehnt werden, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und ein Jahr dem Betrieb angehören.

Für eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes müssen die gleichen Grundsätze gelten. Eine Ausnahme kann nur dort gelten, wo die besondere Struktur des öffentlichen

Ohne Mitbestimmung keine Demokratie

Die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen und die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes forderte Ende Juni vor Funktionären seiner Gewerkschaft erneut der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner. Ein funktionierendes Mitbestimmungssystem müsse alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschließen. Dazu gehöre auch die Mitbestimmung im Wirtschaftszweig, in der Gesamtwirtschaft und in den europäischen Institutionen.

Brenner sagte weiter, von einer gleichberechtigten Teilnahme aller am Produktionsprozeß, von einer demokratischen Organisation des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik könne noch lange nicht die Rede sein. Der Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems sei unverändert: Besitzlose stünden denen gegenüber, die Produktionsmittel besitzen oder über sie verfügen.

Das Wirtschaftsleben, sagte der Vorsitzende der IG Metall, sei aber nicht von dem Verfassungsgebot ausgenommen, wonach die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein müsse. Die Grundrechte müßten auch in der Wirtschaft verwirklicht werden. Sie nur in der Politik anzuwenden hieße, die Grundrechte überhaupt beschränken zu wollen. „Demokratie ist politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie zugleich — oder keines von beiden!“

Die Haltung der Unternehmer gegenüber den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaft bezeichnete Brenner als reaktionär und für sie selbst nicht ungefährlich. Er warf den Unternehmern vor, mit ihrem „verbohrten Widerstand“ gegen Reformen nur radikalere Lösungsversuche zu provozieren. Die Bewegung in Frankreich werde wohl nicht ohne Einfluß auf die Behandlung des Mitbestimmungsproblems in der Bundesrepublik bleiben. Sie habe auch die Behauptung der Unternehmer widerlegt, daß die Mitbestimmung in anderen Ländern nicht gefragt und nicht akut sei.

Dienstes eine andere Regelung erfordert. Neben einer Verstärkung der Rechte der Gewerkschaften kommt es in erster Linie darauf an, daß dem Personalrat in den entscheidenden Fragen der sozialen und personellen Angelegenheiten das Mitbestimmungsrecht als stärkste Form der Beteiligung eingeräumt wird.

Vorschläge zur überbetrieblichen Mitbestimmung

Während der DGB bereits aus Anlaß der Beratungen eines neuen Aktiengesetzes eingehende Vorschläge für den Ausbau der Mitbestimmung in den Unternehmensorganen vorgelegt und auch in Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes erneut seine Forderungen zum Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung angemeldet hat, liegen konkrete Anregungen für die Durchsetzung der überbetrieblichen Mitbestimmung — sieht man von den Vorschlägen aus dem Jahre 1950 ab — bisher nicht vor.

Gleichwohl werden auch hier Formen überbetrieblicher Mitbestimmung angestrebt, die den gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtungen gerecht werden. So wäre eine Mitwirkung der Gewerkschaften an der bedeutsamen Aufgabe einer planmäßigen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik in nationalen wie internationalen Gremien sicherzustellen. Hierzu gehört etwa eine maßgebliche Beteiligung der Gewerkschaften an der „mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ der EWG und an der „wirt-

schaftlichen Vorausschau auf mittlere Sicht“, die der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagen hat.

Ausgebaut werden könnte auch das in den USA seit langem bewährte System der Hearings, das Parlament und Regierung erlaubt, sich bei der Beratung aktueller wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen der Mitarbeit der Gewerkschaften zu versichern.

Als positiv können ferner die Erfahrungen mit den europäischen Beratungsorganen bezeichnet werden, in denen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter maßgeblich beteiligt sind. Sowohl die Arbeit des beratenden Ausschusses der Montanunion als auch die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG bieten ein großes Maß unmittelbarer, wenn auch noch nicht ausreichender Mitwirkungsmöglichkeiten.

Demgegenüber wird die Errichtung sogenannter „Arbeitskammern“ abgelehnt. Nicht selten wird hier versucht, in den Zuständigkeitsbereich der Gewerkschaften einzugreifen und kleinen, unbedeutenden Splittergruppen eine Plattform für ihre Tätigkeit zu verschaffen. Die Errichtung von Arbeitskammern schafft überdies nicht jene, bisher ungelöste Frage aus der Welt, warum einseitig aus Unternehmen gebildete Interessenvertretungen (Industrie- und Handelskammern) als öffentlich-rechtliche Institutionen Aufgaben für die Gesamtheit wahrnehmen. Hier gilt es Lösungen zu finden, die das Recht der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung in allen wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens sichern.

Er ist ein Meister des Wortes; seine Rede ist geschliffen, seine Argumentation eindrucksvoll. So kennen Millionen Gewerkschafter in der Bundesrepublik ihren DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg, der am 29. Juni 1968 sein 65. Lebensjahr vollendete. Ob Rosenberg die Unternehmerargumente gegen Mitbestimmung zurückweist, die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik kritisiert oder die regierungsamtliche Sozialpolitik aufs Korn nimmt — nicht selten sind seine Feststellungen von profundem Kenntnis des arbeitnehmerfeindlichen und inhumanen Wesens des kapitalistischen Systems geprägt. Ganz besonders deutlich wird das empfinden, wer die Reden und Analysen liest, die Ludwig Rosenberg vor Jahren verfaßte, als er noch Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik im Bundesvorstand des DGB war.

Unbestritten ist Rosenberg einer der profiliertesten Köpfe, den die deutsche Gewerkschaftsbewegung, nicht nur die nach 1945, hervorgebracht hat. Er hat wesentlich zu dem Ansehen beigetragen, das die Gewerkschaften der Bundesrepublik in der Welt — der westlichen und östlichen — genießen. Dennoch entbehrt die Gestalt und das Wirken Rosenbergs nicht einer gewissen Zwiespältigkeit, die gerade darin besteht, daß sein scharfer Intellekt und das Wissen um die dem Kapitalismus wesenseigene Unmöglichkeit, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit durch „Partnerschaft“ unter einen Hut zu bringen, nicht immer in seine gewerkschaftspolitischen Folgerungen einfließen.

Ludwig Rosenberg, ein Berliner Kaufmannssohn, trat als 19jähriger dem Reichsbanner und der SPD bei. Er schloß sich 1925 dem Gewerkschaftsbund der Angestellten an. In der faschistischen Ära, von 1933 bis 1945, hielt sich Rosenberg als Emigrant in Großbritannien auf. Zwei seiner engsten Angehörigen, darunter seine Mutter, wurden von den Nazis in Auschwitz ermordet.

1945 bat der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler ihn, nach Deutschland zurückzukommen, wo er sofort tatkräftig beim Wiederaufbau der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung mithalf. Auf dem Gründungskongreß des DGB wurde Rosenberg 1949 in den Bundesvorstand gewählt, als Leiter der Auslandsabteilung. Fünf Jahre später übernahm er die Wirtschaftsabteilung. Nachdem er 1959 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, trat er 1962 an die Spitze des DGB.

Nach vielen Jahren verantwortungsvoller Tätigkeit im Dienste der bundesdeutschen Arbeitnehmer wird Ludwig Rosenberg auf dem DGB-Kongreß im Mai 1969 wegen Erreichens der Altersgrenze sein Amt zur Verfügung stellen. Sb.

**Schon Marx sagte: Nach jeder Krise kommt ein Aufschwung
Konjunkturmaßnahmen gingen zu Lasten der Arbeitnehmer**

Die Führung der SPD zeigt sich darüber verbittert, daß ihre Verdienste in der Kiesinger-Regierung nicht anerkannt werden. Dabei sei angeblich gerade sie es gewesen, die das wichtigste Problem gemeistert habe, nämlich die Bundesrepublik aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Es gibt aber auch in Gewerkschaftskreisen die Meinung, Schiller habe die Wirtschaft aus der Talsohle geführt. Als Schlußfolgerung aus den für die SPD so enttäuschenden Ergebnissen der letzten Wahlen — insbesondere der in Baden-Württemberg — fällt dem Parteivorstand nichts anderes ein, als künftig noch mehr Reklame für ihre „besondere sozialdemokratische Rolle“ in der Bonner Regierung zu machen.

Es fragt sich jedoch, ob man die Wähler damit ködern kann. Entscheidend bleiben die Fakten. Und sie sprechen keineswegs dafür, daß die Beendigung der Wirtschaftskrise etwa das Werk Karl Schillers war, und noch weniger ist zu bemerken, daß sie auf eine spezifisch sozialdemokratische Weise, etwa unter besonders positiven Aspekten für die Arbeiter und Angestellten erreicht worden wäre.

Bekanntlich hat Karl Marx schon vor hundert Jahren die Gesetzmäßigkeit und die Ursachen der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft nachgewiesen. Aus dieser Gesetzmäßigkeit aber ergibt sich, daß in der kapitalistischen Wirtschaft ebenso zwangsläufig wie Krise und Depression auch Belebung und Aufschwung kommen. Also war von Anfang an klar, daß Bundeswirtschaftsminister Schiller eines Tages würde darauf hinweisen können, die „Talsohle“ sei durchschritten und eine neue Belebung der Wirtschaft zu verzeichnen. Das ist so, als wenn sich zwei im Morgengrauen streiten, ob noch Nacht oder schon Tag sei. Dauert der Streit lange genug, dann ist wieder Tag, und der den

Tag voraussagte, erscheint als schlauer Mann.

Ist aber unter Schillers Einfluß die Überwindung der zyklischen Krise besonders beschleunigt worden? Zweifellos hatte der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister bei seinem Amtsantritt im Dezember 1966 dieses Ziel. Auf der Funktionärstagung der SPD, die nach Bildung der Koalitionsregierung in Bad Godesberg am 17. und 18. Dezember 1966 stattfand, versprach er, die Bundesrepublik werde im Frühjahr oder Frühsommer 1967 die wirtschaftliche Talsohle durchschritten haben. Aber Schiller hat sich bei dieser Rechnung verkalkuliert. Die „Talsohle“ war erst ein Jahr später durchschritten; erst im Frühjahr 1968 sank die Arbeitslosigkeit wieder unter den Vorjahresstand, ohne daß allerdings das relativ niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit wieder erreicht worden wäre, das vor der Krise bestand. Infolgedessen war auch in diesem Zyklus die Abschwungphase nicht kürzer als in den vorangegangenen. Das beweist die Dynamik der Entwicklung der westdeutschen Industrieproduktion während der vergangenen Wirtschaftszyklen:

Zu- bzw. Abnahme der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr in v. H.

1955	14,8 H	1960	10,7 H	1964	8,5 H
1956	7,9	1961	5,7	1965	5,5
1957	5,8	1962	5,0	1966	1,6
1958	2,9 T	1963	3,8 T	1967	— 2,2 T
1959	7,8				

(H = Höchste Zuwachsrates)

T = Tiefste Zuwachsrates bzw. absoluter Rückgang der Industrieproduktion im jeweiligen Zeitabschnitt)

Es zeigt sich, daß die zyklische Bewegung der Industrieproduktion während der letzten Jahre ziemlich gleiche Zeitabstände zwischen der jeweiligen Hochkonjunktur und dem folgenden Tiefpunkt aufzuweisen hat. Der letzte Zyklus, der nun erstmals seit dem Kriegsende zu einem absoluten Produktionsrückgang geführt hat, unterscheidet sich in dieser Beziehung nicht von seinen Vorgängern. Folglich ist es nicht völlig abwegig, anzunehmen, daß auch ohne einen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister in der Bundesregierung die westdeutsche Wirtschaft

sich 1968 wieder rascher als 1967 entwickelt hätte. Auf der anderen Seite wäre natürlich auch die Ansicht nicht richtig, die staatliche Politik hätte in den letzten zwei Jahren etwa gar keinen Einfluß auf die zyklische Entwicklung der Wirtschaft gehabt.

Vor seinem Amtsantritt, am 21. Oktober 1966, vertrat Schiller sogar die Ansicht, es handele sich gar nicht um eine Wirtschaftskrise, sondern nur um eine „Krise der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Regierungspolitik überhaupt“. Daß dies nicht stimmte,

wird er inzwischen bemerkt haben; aber die groben Fehler der Erhard'schen „Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Regierungspolitik überhaupt“ haben natürlich die zyklischen Schwierigkeiten erheblich verschärft. An dieser Politik mußten Korrekturen vorgenommen werden und in einem gewissen Umfang den objektiven Realitäten Rechnung getragen werden.

Die Überforderung der Wirtschaft durch überhöhte Staatsausgaben mußte zumindest zeitweilig eingeschränkt werden, wollte man nicht Gefahr laufen, daß wie in Großbritannien oder den USA die Währung zerrüttet wird. Aber die Rüstkungsausgaben blieben tabu, und die Einsparungen im Bundeshaushalt erfolgten einseitig zu Lasten der Arbeiter und Angestellten. Der Sozialdemokrat Schiller im Bunde mit CSU-Chef Strauß handelte nicht anders, als eine reine CDU/CSU-Mannschaft gehandelt hätte.

Für die Wähler aber, die heute von der SPD enttäuscht sind, war die Frage entscheidend, in welcher Weise von der Koalitionsregierung diesen Notwendigkeiten Rechnung getragen würde. Schiller kennzeichnete am 27. Februar 1967 vor dem Bundestag seine Politik mit den Worten: „Alle staatlichen Maßnahmen gehen eindeutig zugunsten der Unternehmer.“ Diese Maßnahmen umfaßten:

- Umfangreiche Streichungen auf soziales Gebiet sowie Steuererhöhungen bei Sicherung eines faktischen weiteren Anstiegs der Rüstkungsausgaben.
- Massiver Druck auf die Löhne durch die „konzertierte Aktion“ und Unterlassung jeglicher aktiven Vollbeschäftigungspolitik.
- Verabschiedung zweier Investitionshaushalte, mit welchen die Konzerne bestimmter Zweige massive Staatsaufträge erhielten.
- Steuererleichterungen für jene Konzerne, die in der Lage waren, weiterhin zu investieren — d. h. für die ökonomisch stärksten Unternehmen.

So viel der sozialdemokratische Wirtschaftsminister seit seinem Amtsantritt auch von „sozialer Symmetrie“ gesprochen hat — niemandem konnte verborgen bleiben, daß er nach der altbekannten kapitalistischen Devise handelte, hohe Profite seien immer noch die sicherste Garantie für das Wirtschaftswachstum und damit für die soziale Sicherheit der Werktätigen. Aber diese Politik hätte auch ein CDU-Minister betreiben können. Es wäre ihm allerdings weitaus schwerer geworden, diese Politik gegenüber den Gewerkschaften durchzusetzen.

Der Sozialdemokrat Schiller konnte die Unternehmerpolitik den Gewerkschaften weitaus schmackhafter machen und

Illusionen erzeugen. Das Großkapital hätte deshalb in den Reihen der CDU/CSU schwerlich einen Mann finden können, der in dieser Periode so gut seine Interessen vertritt. Kein Geringerer als Kiesinger bestätigte übrigens, daß es zwischen der Wirtschaftspolitik Schillers und seiner Vorgänger keinen Unterschied gibt. Auf dem CDU-Parteitag in Braunschweig erklärte er:

„Eine Reihe neuer Wortbildungen kam vor allem durch unseren Wirtschaftsminister Prof. Schiller in Kurs, wie: ‚Globalsteuerung‘, ‚Konzertierte Aktion‘ und, ein wenig im Hintergrund, ‚Soziale Symmetrie‘. Diese neuen Termini technici beunruhigen manche Gemüter nicht wenig. Sollte da nicht etwas Gefährliches dahinterstecken? Ich kann diese besorgten Gemüter trösten: Es handelt sich um nichts anderes als um die bewährte Politik der Sozialen Marktwirtschaft, angepaßt an die neue Phase, in welche unsere Wirtschaft eingetreten ist; angepaßt nicht, um ihre bewährten Prinzipien preiszugeben, sondern um ihnen in einer gewandelten Situation treu bleiben zu können.“

So ist es: Die — für die Unternehmer — bewährte Politik der „Sozialen“ Marktwirtschaft hat den Charakter des Auswegs aus der bundesdeutschen Wirtschaftskrise bestimmt. Sie ging eindeutig zu Lasten der Arbeiterklasse und zum Nutzen der Unternehmer, vor allem der großen Konzerne. Alles, was zur Stimulierung der Wirtschaft getan wurde, war Stimulierung der Profite, während die Maßnahmen zur Stabilisierung des Staatshaushalts zu Lasten der Arbeiter, der Angestellten und des Mittelstandes in Stadt und Land gingen.

Der sogenannte Aufschwung nach Maß ist ein Aufschwung nach dem Maß Schillers. Er ist gekennzeichnet durch die horrende Steigerung der Profite, aber auch durch den schleppenden Abbau der Arbeitslosigkeit und „konzertierte“, d. h. von Staat und Unternehmern gemeinsam gebremste Lohnentwicklung.

Dr. Tu.

Geringe Streikzahl

In der Bundesrepublik haben im ersten Quartal dieses Jahres nur 495 Arbeitnehmer in drei Betrieben gestreikt. Wie das Deutsche Institut für den Unternehmer mitteilte, gingen dabei insgesamt 1083 Arbeitstage verloren. In der gleichen Zeit waren es in Frankreich 212 000 und in Großbritannien 711 000 Arbeitstage.

Kein Kontakt-Tabu!

„Für keinen denkenden Menschen kann es . . . noch einen Zweifel geben, daß alle bisherigen Gespräche und erst recht die Zusammenkunft des DGB-Vorsitzenden mit führenden Gewerkschaftern der UdSSR dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Ost und West zu entspannen und zu entkrampfen“, so kommentierte am 14. Juni die „Welt der Arbeit“ die Reise Ludwig Rosenbergs in die Sowjetunion. Die Übereinstimmung zwischen sowjetischen und westdeutschen Gewerkschaftern in dieser Frage wurde auch anschließend an Rosenbergs Besuch in dem in Moskau veröffentlichten Kommuniké unterstrichen.

Nach seiner Rückkehr bekannte sich Rosenberg dazu, die Kontakte weiter zu pflegen. Man kam überein, den Informationsaustausch zunächst in solchen Fragen zu intensivieren, in denen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Es ist bekannt, wie sehr die ersten Kontaktanbahnungen zwischen dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften zu Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsbünden in den sozialistischen Ländern bisher unter der Devise standen: „Fachgespräche ja — aber Politik nein.“ Als die Postgewerkschaft im DGB vor wenigen Monaten nach einer Reise ihrer Abordnung durch die Sowjetunion in einem gemeinsamen Kommuniké mit den sowjetischen Gastgeber zu europäischen Friedenssicherung und anderen aktuellen politischen Fragen Stellung bezog, wurde sie nicht nur von der bürgerlichen Presse, sondern auch aus den Reihen des SPD-Parteivorstandes und im DGB selbst mehr oder weniger scharf angeschossen.

Nun hat während seines Moskau-Besuches der DGB-Vorsitzende persönlich, als er glaubte, vermeintliche „bundesdeutsche Interessen“ seien durch die neuen Reisebestimmungen der DDR gefährdet, ein Beispiel gegeben, daß beides, fachlicher Erfahrungsaustausch und politischer Gedankenaustausch, Bestandteil gewerkschaftlicher Ostkontakte sein können. Rosenberg statuierte das Exempel, als er ins Moskauer Außenministerium ging, um gegen Ostberliner Beschlüsse zu protestieren, zwar am untauglichen Objekt und am falschen Ort, aber er hat damit — sicherlich unbeabsichtigt — die Kontakte zu sozialistischen Gewerkschaften auf eine höhere Stufe gehoben: auf die Stufe der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Sachdiskussion, die allein in der Lage ist, die Gefahr eines sterilen „Gewerkschaftstourismus“, der die politische Auseinandersetzung und damit eine wesentliche Seite der Wirklichkeit ausklammert, abzuwenden.

Gewerkschaftliche Ostkontakte allerdings, bei denen nur die westdeutsche Seite ihre politischen Anliegen als vordringlich betrachtet, dürfen nicht gut denkbar sein. Sb.

Soziale Sicherheit gewährleistet

Planung und Wirtschaftsführung in der DDR Eine Serie von Dr. Karl-Heinz Arnold

Im vorigen Beitrag hatte ich für die Leser in der Bundesrepublik unter dem Titel „Blick voraus bis 1975“ vom Prinzip her zusammengefaßt, wie sich das Wirtschaftssystem in der DDR weiter entwickeln wird. Diesmal möchte ich mich einigen konkreten Fragen zuwenden. Wie sieht das am Beispiel aus — wie kommt das auf die Kollegen in den Betrieben zu, und was können sie selbst dabei tun?

In Berlin gibt es u. a. einen Betrieb mit rund 7000 Beschäftigten, die gegenwärtig herkömmliche Erzeugnisse der Elektrotechnik produzieren. Der Betrieb ist rentabel; die Erzeugnisse, in hohen Stückzahlen hergestellt, sind bisher stets „gegangen“, wie man so sagt. Damit ist aber die Frage nicht beantwortet, ob sie morgen, in einigen Jahren noch „gehen“ werden, ob Absatz auf lange Sicht vorhanden ist, auch wenn die hergestellten Waren weiter verbessert werden. Diese Frage mußte, auf längere Sicht jedenfalls, von der Direktion für einige wichtige Erzeugnisse mit nein beantwortet werden. Eine Entwicklung übrigens, die man in allen Industriestaaten kennt — der Bedarf, die Marktlage ändert sich.

Nach gründlichen Untersuchungen — unter dem Stichwort „Blick voraus bis 1975“ — wurde gemeinsam mit dem zuständigen Industrieministerium, aber auf Initiative des Betriebes selbst, entschieden, daß sich dieses Werk auf modernste Erzeugnisse der Elektronik umstellen wird: Ein bedeutender Teil der künftigen Produktion werden Elektronik-Bausteine sein, wie man sie für die Automationstechnik braucht. Damit soll sich dieser Betrieb in den Trend einfügen, der auch in der DDR — und hier unter den Bedingungen der Planwirtschaft — zur Automatisierung ganzer Produktionsprozesse, Betriebe und Industriezweige geht.

Selbstverständlich ist das eine Führungsentscheidung, die nicht „parlamentarisch ausgehandelt“ werden kann, etwa in der Art, daß im Betrieb eine Mehrheitsentscheidung für oder gegen den Übergang zur Elektronik herbeigeführt werden muß. Die Verantwortung für den Betrieb als Teil der Volkswirtschaft trägt der Werkdirektor. (Er ist übrigens in diesem Betrieb mit 7000 Werktätigen ein Elektrotechnik-Ingenieur von 34 Jahren, der bereits seine Probe als Direktor eines 1500-Mann-Betriebes ausgezeichnet bestanden hat. Dort hatte er als Lehrling angefangen und war später, nach seinem Studium, im selben Betrieb jahrelang Technischer Direktor. Sein Vater war Bauer.)

In dem ganzen Prozeß der Vorbereitung dieser weitreichenden Entscheidung ist von der Werkdirektion mit der Leitung der SED-Parteiorganisation des Betriebes ständiger Kontakt gehalten worden, die dort — wie in allen

volkseigenen Betrieben — als Teil der Partei der Arbeiterklasse den entscheidenden politischen Einfluß ausübt und zugleich mit der Gewerkschaftsorganisation, die zur IG Metall gehört. Sobald die Dinge spruchreif waren, erfolgte eine gründliche Information der ganzen Belegschaft und zwar ausgehend von einer Vollversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, den Funktionären der Gewerkschaftsgruppen.

So begann eine weitreichende Unterrichtung aller Mitarbeiter. Dabei wurde, wie dies periodisch in allen Betrieben der DDR geschieht, gleichzeitig

Der Verfasser dieser Serie, Dr. Karl-Heinz Arnold, ist stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ (Berlin-Ost). Er hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Leser von NACHRICHTEN mit Problemen der sozialistischen Wirtschaftsführung und der Rolle der Gewerkschaften in der DDR bekannt zu machen.

über die wirtschaftliche Situation des Gesamtbetriebes informiert, über den Stand der Erfüllung seiner volkswirtschaftlichen Aufgaben. Davon hängt ja nicht zuletzt der zu erwirtschaftende Gewinn ab. Und vom Gewinn wiederum werden wesentlich beeinflusst der Kultur- und Sozialfonds des Betriebes (von den Ausgaben für Ferienheime, kulturelle Veranstaltungen, Gesundheitseinrichtungen im Betrieb bis zu den Zuschüssen zum Kantineessen usw.) sowie die nach Abschluß des Planjahres zu zahlende Jahresendprämie. Sie ist nach Leistung zu differenzieren und beträgt mindestens ein Drittel der durchschnittlichen Monatsbezüge und maximal das Doppelte. Je mehr zusätzlichen Gewinn der Betrieb nach Abzug der festen Abführung an den Staat erwirtschaftet, desto höher sind auch die Prämien. Wenn der Betrieb den vorgesehenen Gewinn nicht erwirtschaftet, erfolgen Mindestzuführungen zu Kultur-, Sozial- und Prämienfonds. Sie sichern die entsprechenden sozialen Einrichtungen usw., sind jedoch wesentlich niedriger als die aus planmäßigem oder sogar überplan-

mäßigem Gewinn folgenden Zuführungen, was sich natürlich restriktiv auf die Möglichkeiten der Prämienzahlung auswirkt.

Es ging in diesem Falle und geht generell in der DDR aber nicht schlechthin um die Unterrichtung der Belegschaft über Gegenwart und Zukunft ihres Betriebes. Sie will und soll — das ist auch verfassungsrechtlich sowie durch andere Gesetze gesichert — an der Gestaltung dieser Gegenwart und Zukunft maßgeblich mitwirken. Die gewerkschaftlichen Formen, in denen dies geschieht, habe ich in dieser Serie schon skizziert, sie reichen vom Produktionskomitee des Betriebes bis zur Gewerkschaftsgruppe. Dieses Mitwirken hat zugleich eine ganz wesentliche Seite, die bei jedem einzelnen Kollegen liegt: bei seiner eigenen Qualifizierung, dem Dazulernen, Umlernen, Weiter- und Neulernen. Im hier geschilderten Fall ist das besonders wichtig, weil die schrittweise Umstellung auf eine neuartige Produktion für zahlreiche Belegschaftsmitglieder erhebliche Konsequenzen eben für das Umdenken und Dazulernen hat — vom ingenieurtechnischen Personal über die Werkzeugmacher bis zur Arbeiterin am Band, die in absehbarer Zeit vielleicht Automatenfacharbeiterin sein wird oder zumindest eine neue Fertigung mit erheblich modernerer Technik zu bewältigen hat.

Dafür, also für die Arbeitsanforderungen von morgen, gibt es klare Programme. Sie werden ständig ergänzt und reichen schon über das Jahr 1970 hinaus, denn sie müssen mit den technischen Veränderungen abgestimmt sein. Und vor allem: Sie gewährleisten, daß niemand in seiner für die DDR selbstverständlichen sozialen Sicherheit Einbußen erleidet. Der Arbeitsplatz wird in einigen Jahren in vielen Fällen anders aussehen, die Tätigkeit wird sich verändert haben, aber die Sicherheit der Arbeit und des ganzen gesellschaftlichen und privaten Lebens sind absolut gewährleistet; mit wachsender Wirtschaftskraft des sozialistischen Staates wächst auch der Lebensstandard weiter. Und wer sich qualifiziert — wofür im Betrieb und durch außerbetriebliche Einrichtungen viele Möglichkeiten gegeben sind —, wird es dann auch selbst auf der Hand spüren, nämlich durch höheren Verdienst.

Der junge Direktor dieses Berliner Betriebes, von dem wir sprachen, kommt u. a. jeden Monat mit einer Brigade aus der Produktion zusammen. Er legt den Kolleginnen und Kollegen seine Gedanken und Sorgen dar und sie erzählen von ihren. Dabei werden auch in Zukunft viele Probleme zur Sprache kommen, die mit der genannten Umstellung zusammenhängen. Und solche Probleme wird es im ganzen Betrieb geben. Der Sozialismus zeichnet sich nicht dadurch aus, daß es keine Konflikte und komplizierten Situationen gibt, sondern dadurch, daß sie von den Werktätigen gemeinsam beraten, mit ihnen, durch sie und für sie gelöst werden.

Grundberufe und Grundlagenfächer

Neue Maßstäbe für die Berufsausbildung in der DDR Anpassung an wissenschaftlich-technischen Fortschritt

Es gehört zu den Prinzipien sozialistischer Demokratie, Dokumente von weitgehender Bedeutung und Tragweite, die Gesetzeskraft erlangen sollen, mit den Werktätigen zu beraten. Im April und Mai lag der Bevölkerung der DDR erneut ein Dokument im Entwurf vor, welches in Betrieben, Bildungseinrichtungen und Institutionen zur öffentlichen Diskussion stand: die „Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem“.

Diese „Grundsätze...“ sind das Ergebnis monatelanger Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern der Berufsausbildung, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie stützen sich auf die Ergebnisse erfolgreicher Arbeit in der Berufsausbildung in den letzten zwanzig Jahren und vervollkommen zugleich das einheitliche sozialistische Bildungssystem.

Das Ziel der Berufsausbildung wird im Entwurf der „Grundsätze...“ wie folgt formuliert: Es sind „klassenbewußte, hochqualifizierte Facharbeiter heranzubilden, die über eine hohe Allgemeinbildung, gutes politisches Wissen, umfassende berufliche Kenntnisse und solide Fertigkeiten verfügen sowie vielseitig im Arbeitsprozeß eingesetzt werden können.“

Aus dieser Zielsetzung ergibt sich die Frage nach dem Neuen gegenüber der bisherigen Berufsausbildung in der DDR. Natürlich war der hochqualifizierte Facharbeiter, der über eine hohe Allgemeinbildung, umfassende berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten verfügt, schon immer das Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Davon zeugt, daß gegenwärtig bereits 95,4 Prozent aller Jugendlichen eine Facharbeiterausbildung erhalten. Etwa 2000 Mark werden jährlich für jeden der 500 000 Lehrlinge, die gegenwärtig ausgebildet werden, zur Verfügung gestellt.

Dem Bundestag in Bonn lagen schon mehrere Berufsausbildungsgesetze vor. Aber es veränderte sich nichts an der unzureichenden Situation in der Berufsausbildung. Diese beruht noch immer auf der Gewerbeordnung von 1869, dem Handelsgesetzbuch von 1897 und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Man kann es nur als Bildungsnotstand bezeichnen, wenn im hochindustrialisierten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel aller westdeutschen Lehrlinge ausgebildet wird, in nur 22 Prozent der Berufsschulen die gesetzlich vorgeschriebenen acht Unterrichtsstunden pro Woche erteilt werden und daß der Durchschnitt in der gesamten Bundesrepublik nur 5,8 Stunden Berufsschulunterricht pro Woche beträgt. In der DDR sind es 14 Wochenstunden, die nicht nur auf dem Papier stehen.

Doch zurück zur Frage nach dem qualitativ Neuen in der Berufsausbildung

der DDR: An erster Stelle soll dabei genannt werden, daß die Berufsausbildung insgesamt noch fester und komplexer mit den übrigen Teilsystemen des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, aber auch mit allen anderen Teilsystemen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus verbunden wird. Das sozia-

Der Autor dieses Artikels, Alfred Wilke, ist Mitglied des Präsidiums des FDGB - Bundesvorstandes. Wir baten ihn um eine sachliche Darstellung des neuen Berufsausbildungssystems in der DDR, das auch in der Bundesrepublik starkes Interesse gefunden hat.

D. Red.

listische Bildungssystem zeichnet sich bekanntlich dadurch aus, daß es alle Bereiche des Bildungswesens zu einer Einheit zusammenfügt. Die Berufsausbildung ist in diesem Sinne eine Bildungsstufe, die sowohl mit der vorangehenden Oberschulbildung als auch mit der weiterführenden Erwachsenen-, Fach- und Hochschulbildung verbunden ist. Es gibt demzufolge keine „Sackgassen“ der Bildung. Es geht jetzt insbesondere darum, einerseits die Lehrpläne und den gesamten Unterricht der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen den neuen Erfordernissen der Berufsausbildung anzupassen und andererseits in der Berufsausbildung die Vorleistungen der Oberschule besser zu nutzen. Daß es sich dabei nicht nur um eine Forderung handelt, sondern um reale Wirklichkeit, wird allein dadurch bewiesen, daß sich die Lehrpläne für den polytechnischen Unterricht, die ab September 1968 in Kraft treten, bereits in Übereinstimmung mit dem Inhalt der „Grundsätze...“ befinden.

Das Neue in der Berufsausbildung der DDR zeigt sich weiterhin darin, daß sie in der ihr selbst eigenen Komplexität weiterentwickelt wird. Die qualitativ neuen Anforderungen, die sich aus der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung, dem Strukturwandel der Volkswirt-

schaft ergeben, verlangen objektiv nach höherer Disponibilität der Facharbeiter, nach Erhöhung des Anteils berufstheoretischer Ausbildung und nach veränderten Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Dem wird dadurch Rechnung getragen, daß traditionelle Berufe einen neuen Ausbildungsinhalt erhalten und gleichzeitig völlig neue Grundlagenberufe entwickelt werden. Es ist ein volkswirtschaftlich bedeutungsvoller, breit profilierter Ausbildungsberuf mit Querschnittcharakter. Die Lehrlinge erhalten, aufbauend auf ihre Berufsvorbereitenden Kenntnisse und Fertigkeiten, eine breit profilierte berufliche Grundlagenbildung, die mehreren artverwandten Berufen eigen ist. So können beispielsweise die traditionellen Berufe Dreher, Fräser, Schleifer, Hobler und Bohrer im Grundberuf Zerspanungsfacharbeiter zusammengefaßt werden. Auf diesen Grundberuf bauen eine oder mehrere berufliche Spezialisierungen auf, von denen mindestens eine in der Berufsausbildung, weitere in der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen an den betrieblichen Bildungseinrichtungen erlernt werden. Die Ausbildung in einem Grundberuf setzt den erfolgreichen Abschluß der 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule voraus.

Neu in der Berufsausbildung der DDR ist auch die Einführung von Grundlagenfächern, ohne die Ausbildungszeit zu verlängern. Als Grundlagenfächer werden jene Unterrichtsfächer bezeichnet, die für Lehrlinge in allen Berufen erteilt werden und keine direkte Fortsetzung des Unterrichts in der Oberschule darstellen. Das bisherige Grundlagenfach Betriebsökonomik wird jetzt durch die Grundlagenfächer „Grundlagen der BMSR-Technik“, „Grundlagen der Elektronik“ und „Grundlagen der Datenverarbeitung“ ergänzt. Sie werden den Wissensstoff enthalten, über den künftig jeder Facharbeiter verfügen muß.

Bereits aus diesen hier genannten neuen Aspekten zur Weiterentwicklung der Berufsausbildung in der DDR wird sichtbar, daß die Berufsausbildung unter sozialistischen Produktionsverhältnissen kein so spezieller Gegenstand ist, wie in der Bundesrepublik oftmals noch angenommen wird. Sie ist Bestandteil der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung und stellt die Frage in den Vordergrund, welche Gesellschaftsordnung dazu in der Lage ist, die heranwachsende Generation rechtzeitig auf die gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Anforderungen von morgen vorzubereiten.

In der Bundesrepublik kämpfen die Gewerkschaften um das Recht auf Mitbestimmung besonders auch in der Berufsausbildung. In der DDR sind die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften zur Mitgestaltung an der Ausbildung des Facharbeiternachwuchses bereits Verfassungswirklichkeit.

Alfred Wilke

Druckmittel „relative Überbevölkerung“

Wie wachsender Reichtum immer mehr Abhängigkeit schafft Allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation

Jedes Kapital hat eine bestimmte organische Zusammensetzung, d. h. ein bestimmtes Verhältnis seines konstanten Kapitalteils zu seinem variablen, und zwar sowohl wertmäßig als auch stofflich (technisch). Akkumulation heißt Wachstum des Kapitals und damit Wachstum dieser organischen Zusammensetzung des Kapitals, denn jeder Kapitalist wird durch die Konkurrenz gezwungen, stets billiger zu produzieren, also Extraprofit zu realisieren. Das ist aber nur möglich, indem er ständig die technische Zusammensetzung seines Kapitals verändert — also die Technik entwickelt.

Das Ergebnis dessen ist ein höherer Produktivitätsgrad der Arbeit, denn die Arbeitskraft wird im Prozeß der Technisierung und Mechanisierung in wachsendem Umfang mit Produktionsmitteln ausgerüstet. Diese Veränderung in der technischen Zusammensetzung wird von der wertmäßigen Zusammensetzung widergespiegelt. Es zeigt sich dabei, daß das konstante Kapital relativ auf Kosten des variablen Kapitals anwächst. Der variable Bestandteil wird immer kleiner, verglichen mit dem konstanten. Akkumulation heißt demnach Entwicklung der Produktivität der Arbeit. Akkumulation des Kapitals bedingt somit Konzentration und schließlich Zentralisation von Produktionsmitteln mit entsprechendem Kommando über die Arbeiterarmee, und mit Ausdehnung der Akkumulation proletariert das Kapital immer neue Bevölkerungsschichten — ordnet sie seinem Arbeitskommando unter und erzeugt damit die Tendenz der Polarisierung der Klassen in Bourgeoisie und Proletariat. Diese wachsende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals ist wiederum selbst Quelle neuer Wechsel der Zusammensetzung — Quelle beschleunigter Abnahme seines variablen Bestandteils, verglichen mit dem konstanten. So produziert die kapitalistische Akkumulation, und zwar im gleichen Maße und Umfang, wie sie selbst voranschreitet, „beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuluß-Arbeiterbevölkerung“ (Karl Marx: „Das Kapital“, Band I, Berlin 1949, S. 663).

Diese industrielle Reservearmee ist notwendiges Produkt des Kapitals — sie wird zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigenartiges Bevölkerungsgesetz, das mit dem natürlichen Zuwachs der Arbeiterbevölkerung überhaupt nichts zu tun hat.

Wir haben also gesehen: Mit der technischen Veränderung im Produktionsprozeß setzt das Kapital Arbeitskräfte frei, gleichzeitig aber verlangt Akkumulation Ausdehnung des bisher angewandten Kapitals — der Kapi-

talist legt zusätzlich Kapital im Produktionsprozeß an. Es ergibt sich: Einerseits Tendenz zur relativen Freisetzung von Arbeitskräften, andererseits Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften — wie wirkt nun dieser Widerspruch?

Wenn die Masse der unbezahlten, akkumulierten Arbeit rasch genug wächst, so daß nur ein enormer Zustrom von Arbeit den Mehrwert in Kapital verwandeln kann, so steigt die

Siebte Folge:

Marxismus leicht gemacht

Von Dr. Heiner Wilms

(Siehe auch NACHRICHTEN
Nr. 1—6/1968)

Nachfrage nach Arbeit, d. h., es steigt der Lohn. Bei gleichbleibenden Umständen nimmt bei steigendem Lohn die unbezahlte Mehrarbeit im gleichen Maße ab. Zu diesem Zeitpunkt jedoch, wo sich diese Abnahme verringert auf die Akkumulation auswirkt, nimmt die Nachfrage nach zusätzlicher Arbeit ab, die Akkumulation erlahmt, und die Lohnbewegung geht zurück. Sinkt der Lohn nun infolge enormer Zufuhr von Arbeitskräften z. B. aus der Landwirtschaft u. a. Bereichen auf ein Minimum, kann die Akkumulation wieder angekurbelt werden und einen Teil der zushüssigen Arbeiter aufnehmen.

Dieser im Kapitalismus der freien Konkurrenz wirkende Mechanismus schafft und erhält die Bedingungen der Verwertung des Kapitals. Will sich also die Arbeiterklasse aus ihrer Lage befreien, genügt es nicht, nur um bessere Löhne und Sozialleistungen zu kämpfen, sondern Inhalt ihres Kampfes muß die Beseitigung des Kapitals sein.

Die Produktion der relativen Überbevölkerung ist das entscheidende

Druckmittel auf die Lage der Arbeiterklasse. Alle Prozesse, die den Reichtum der Gesellschaft vermehren, wie Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, Anwendung der Wissenschaft in der Produktion, Vervollkommen der Technik, vollziehen sich auf Kosten der Lage der Arbeiter; mit wachsendem Reichtum produziert sie ihr eigenes Elend. Elend nicht im Sinne von geringem Lohn oder Kaufkraftschmälerung, sondern im Sinne der Unterordnung aller schöpferischen Fähigkeiten unter die Macht und Herrschaft der kapitalistischen Ausbeutung. Alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Mittel der Beherrschung und Nötigung der Produzenten.

Daher besteht der Inhalt des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation darin, „daß im Maße, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich, welches die relative Überbevölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephaistos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“ (Karl Marx: „Das Kapital“, Band I, Berlin 1949, S. 680/81).

Marx verweist darauf, daß dieses Gesetz modifiziert wird, vor allem durch den Druck, den die organisierte Arbeiterklasse auf das Kapital ausübt. In „Lohn, Preis und Profit“ macht Marx darauf aufmerksam, daß die Fixierung des Wertes der Ware Arbeitskraft, wie auch die Höhe des Profits, durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit erfolgt. „Die Frage löst sich auf in der Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden“ (Marx, Bd. 16, Berlin 1962, S. 149).

Protokoll über Deutsche Arbeiterkonferenz

Ein 48seitiges Kurzprotokoll über die 27. Deutsche Arbeiterkonferenz am 8. und 9. März 1968 in Leipzig ist jetzt in der Bundesrepublik erschienen. Es ist bei Willi Duda, 465 Gelsenkirchen, Konradstr. 18, zum Preis von 0,50 DM zu beziehen.

Die 28. Deutsche Arbeiterkonferenz wird — wie der „Ständige Ausschuß der Deutschen Arbeiterkonferenzen“ in einer Presseerklärung mitteilte — am 6. und 7. September 1968 während der Herbstmesse in Leipzig stattfinden. Der „Ständige Ausschuß“ bittet, Anmeldungen an ihn (108 Berlin, Postfach 204) zu richten.

Für den Arbeitnehmer kein Grund zum Feiern Kapitalbesitzer vervielfachten ihr Vermögen

Am 20. Juni d. J. war die D-Mark zwanzig Jahre alt. Der 20. Juni 1948 war der Tag, an dem die Schulden des Naziregimes und des Hitler-Krieges liquidiert wurden. Die beispiellose Vernichtung von Sachwerten während des 2. Weltkrieges sowie die Restriktionen und Demontagen in den ersten Nachkriegsjahren hatten der bis dahin gültigen Reichsmark die Deckungsgrundlage zerstört, das Geld war völlig wertlos geworden.

Zwar haben die Arbeiter und Angestellten unter unmenschlichen Schwierigkeiten in diesen Jahren mit dem Aufbau unserer Wirtschaft begonnen, aber für die Löhne und Gehälter, die ihnen gezahlt wurden, war niemand bereit, Waren abzugeben. Einer der zahlreichen Schieber der damaligen Zeit, der auf den verwahrlosten Bahnhöfen eine Schachtel amerikanischer Zigaretten verkaufte, hatte zudem mehr verdient als ein Arbeiter bei schwerer achtstündiger Arbeit verdienen konnte.

Mit der Währungsreform wurde gleichzeitig eine Korrektur des Steuersystems vorgenommen. Sie schuf Ausnahmeregelungen, die es erlaubten, hohe Unternehmergewinne infolge der durch die ungesättigte Nachfrage erzielbaren Preise weitgehend zur Vermögensbildung steuerfrei zu verwenden. Diese unsoziale Bevorzugung wurde mit der Behauptung bemäntelt, es ginge darum, Arbeitsplätze, Wohnungen usw. zu schaffen. Tatsächlich aber wurde hier der Grundstock gelegt für die einseitige Vermögensbildung in der Bundesrepublik.

In diesen Tagen hat Prof. Gleitze vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften an Hand von Untersuchungen über die Einkommens- und Vermögensverteilung in den zwanzig Jahren nach der Währungsreform auf das Ergebnis dieser Begünstigung der Unternehmer und der sich daraus resultierenden sozialen Konsequenzen hingewiesen: Die Gesamtersparnisse in der Bundesrepublik betragen in diesen zwanzig Jahren 1600 Milliarden DM bei einem Nettovermögenszuwachs von rund 1000 Milliarden. Davon haben die Lohn- und Gehaltsempfänger als die maßgeblich an der Schöpfung dieser Werte Beteiligten einschließlich der Investitionen in den Arbeitnehmerhaushalten einen Anteil von 160 Milliarden DM, das heißt, neun Zehntel der Bevölkerung haben mit einem Zehntel an der Vermögensbildung teilgehabt. Ein Drittel der Vermögensbildung erfolgte in den öffentlichen Haushalten, und mehr als die Hälfte bildete sich als rentierliches Kapital bei dem restlichen Zehntel der Bevölkerung, nämlich bei den Produktionsmittelbesitzern.

Auch die Stabilität des Binnenwertes der D-Mark, die Kaufkraft, ist weitaus schlechter, als es die öffentliche Propaganda der Bevölkerung einreden will. Zunächst gingen die Preise der Lebens-

haltung von 1948 bis 1951 um zehn Prozent herunter. Aber von da an stiegen sie kontinuierlich an und liegen heute um 30 Prozent über dem Ausgangspunkt von 1948 und 40 Prozent über dem niedrigsten Preisstand von 1951. Dieser Verfall der Kaufkraft ist auch ein Kriterium für die Bewertung der Geldvermögen der Arbeitnehmer. Sie sind bereits wieder um diese 40 Prozent der Preissteigerung entwertet, während die Netto-Neuinvestitionen von insgesamt 922 Milliarden bei den Selbständigen und Unternehmern ihren Wert um das Mehrfache erhöhten. Diese Tatsachen machen uns klar, wer Anlaß hat, den Geburtstag der D-Mark zu feiern — die Arbeitnehmer sind es nicht.

Dr. Tu.

IMB für stärkere internationale Solidarität

Der Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), der kürzlich in Zürich stattfand, hat in einer Entschließung die Aufgaben fixiert, die von den Mitgliedengewerkschaften in der Welt künftig in den Vordergrund ihrer Aktivität gestellt werden sollen:

Systematische Hilfe beim Aufbau starker und selbständiger Metallgewerkschaften in den Entwicklungsländern; umfassende Sozialpolitik; demokratische Planung des Wirtschaftslebens; gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften an der Lösung der betrieblichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme; verstärkte Kontrolle der Monopol- und Konzentrations Tendenzen; zielbewußte Wirtschafts-, Konjunktur-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik; Ausbau der Gewerkschaftsvertretung auf Betriebs-ebene; engere internationale Zusammenarbeit der Metallgewerkschaften; Sicherung und Erreichung von Vollbeschäftigung; Erhöhung der Kaufkraft; allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit; gleicher Lohn und gleiches Gehalt für gleichwertige Arbeit; volle Eingliederung der Frauen in das soziale und wirtschaftliche Leben; Sicherung der Einkommen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und technologisch bedingten Veränderungen in den Betrieben; gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.

PERSONALIEN

Walter Arendt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie und SPD-Bundestagsabgeordneter, erklärte in einem Interview mit der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ vom 28. Juni 1968, entgegen anderslautenden Vermutungen trage er sich nicht mit der Absicht, für den Posten des DGB-Vorsitzenden zu kandidieren.

Hermann Beermann, stellvertretender Vorsitzender des DGB, wurde auf der 52. Internationalen Arbeitskonferenz (ILO) im Juni in Genf auf Vorschlag der Arbeitnehmerdelegierten zum Vizepräsidenten der Sitzungsperiode gewählt. Damit ist seit dem Eintritt der Bundesrepublik in die ILO 1951 zum erstenmal ein DGB-Vertreter Vizepräsident geworden.

Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, ist Anfang Juni auf dem Jubiläumskongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) in Zürich einstimmig als Präsident wiedergewählt worden. Adolphe Graedel wurde wieder Generalsekretär.

Heinrich Gutermuth, ehemaliger Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, ist am 18. Juni 70 Jahre alt geworden. Er führte die Bergarbeitergewerkschaft von 1956 bis 1964.

Shun Kitazume, Vorsitzender der japanischen Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaft, besuchte zusammen mit 28 weiteren japanischen Gewerkschaftsfunktionären im Anschluß an den 21. Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes den Vorstand der IG Metall in der Bundesrepublik. In der Delegation waren sechs japanische Gewerkschaften vertreten.

Arno Schwarting, Generalsekretär der Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft in der Bundesrepublik und Funktionär der IG Metall, wurde von der Prager Karls-Universität wegen seiner Bemühungen um die Völkerverständigung mit der Comenius-Medaille ausgezeichnet.

Bernhard Tacke, stellvertretender Vorsitzender des DGB, wurde auf der 2. Bundeskonferenz christlich-demokratischer Gewerkschafter im DGB wieder zu deren Vorsitzenden gewählt.

Alois Wöhrle, 2. Vorsitzender der IG Metall, feierte am 25. Juni seinen 65. Geburtstag. Bereits als 16jähriger trat er 1919 dem damaligen Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) bei. In der Nazizeit befand sich Wöhrle monatelang in Haft und später unter Polizeiaufsicht. Seine Gewerkschaftsarbeit und Mitarbeit am Aufbau der IG Metall begann er nach dem Kriege als Betriebsratsvorsitzender der Agfa-Werke München, wo er 1946 Erster Bevollmächtigter der IG Metall, dann Landesvorsitzender in Bayern wurde. Wöhrle ist seit 1950 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall für die Bundesrepublik und seit 1956 2. Vorsitzender.

■ 22.—24. August

6. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel.

■ 2.—7. September

9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München.

■ 18.—20. September

7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Bremen.

■ 18.—21. September

10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in West-Berlin.

■ 30. September — 4. Oktober

9. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz.

■ 7.—11. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.

■ 13.—17. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.

■ 20.—26. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.

■ 29.—30. Oktober

6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.

■ 21.—22. November

7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

■ 22.—23. November

7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

Bei Preissteigerungen im Mittelfeld

Nach einer Statistik der OECD, die jetzt vorliegt, sind in den Jahren 1958 bis 1966 die Preise in allen Mitgliedsländern (nur kapitalistische Länder) die Preise um 22 Prozent — bezogen auf das gesamte Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen — gestiegen. In Westeuropa machte der Preisauftrieb jedoch 33 Prozent aus. Die Bundesrepublik liegt mit 28 Prozent im Mittelfeld. Geringer sind die Preise gestiegen in Portugal (20 Prozent), Belgien (22) und Großbritannien (24). Darüber lagen Norwegen (29), Österreich (34), Frankreich, Italien, Schweiz (je 36), Schweden (37) und die Niederlande (38 Prozent).

Bei der Vorbereitung zu den Sozialwahlen ist es zu einer teilweise recht heftigen Polemik zwischen dem DGB und der DAG und selbst zu gerichtlichen Schritten (einstweiligen Verfügungen) der einen gegen die andere Gewerkschaft gekommen. So erwirkte der DGB eine gerichtliche Verfügung, mit der es der DAG untersagt wurde, zu behaupten, der DGB fordere eine Heranziehung der Gelder der Angestelltenversicherung zur finanziellen Sicherung der Rentenversicherung der Arbeiter. Die DAG stützte ihre Behauptung u. a. auf eine Meldung der Zeitung „Die Welt“, nach der das DGB-Vorstandsmitglied Hansen gesagt haben soll, „in den siebziger Jahren“ müßten „wahrscheinlich Überschüsse in der Rentenversicherung der Angestellten zum Ausgleich von Defiziten in der Rentenversicherung der Arbeiter herangezogen werden“.

Eine offensichtlich nur dem Stimmenfang bei den Sozialwahlen dienende Polemik und gerichtlichen Streit der Gewerkschaften gegeneinander ist sicher weder geeignet, die Selbstverwaltung der Sozialversicherung zu stärken, noch die sachlichen Probleme, um die es geht, zu klären. Ein Finanzausgleich zwischen den Zweigen der Rentenversicherung ist durchaus nichts neues. So wurden in den Jahren 1958 bis 1963 jährlich 480 bzw. 486 Millionen DM von den Trägern der Rentenversicherung an die Angestelltenversicherung als „Erstattungen in der Wanderversicherung“ gezahlt. Ab 1962 erhält die Angestelltenversicherung von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter „Erstattungen für Handwerkerrenten“ in Höhe von 471 Millionen DM (1966) bis 600 Millionen DM (vorgeschätzt für 1967) jährlich.

Der sich in der Arbeiterschaft vollziehende Strukturwandel zu Gunsten des Anteils der Angestellten wirkt sich natürlich auch in der Rentenversicherung aus. Das hat zur Folge, daß zwar von Januar 1960 bis Januar 1967 die Zahl der Renten in den beiden Zweigen der Rentenversicherung etwa gleichmäßig zugenommen hat: In der Rentenversicherung der Arbeiter um 15,1 Prozent von 5,3 auf 6,1 Millionen, in der Angestelltenversicherung um 15,8 Prozent von 1,9 auf 2,2 Millionen. Die Beitragseinnahmen aber sind in der Angestelltenversicherung von 1960 bis 1967 mit 117,4 Prozent von 4,6 auf 10 Milliarden DM bedeutend schneller gestiegen als in der Rentenversicherung der Arbeiter mit 73 Prozent von 8,9 auf 15,4 Milliarden DM.

Trotzdem ist es fraglich, ob im Hinblick auf diese sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzende Entwicklung einem Finanzausgleich zwischen den beiden Zweigen der Rentenversicherung das Wort zu reden ist oder ob nicht zuerst die

Forderung an den Staat gerichtet werden muß, mit dem Mittel einer Strukturhilfe, die Defizite bei der Rentenversicherung auszugleichen. Diese Frage aber sollten die Gewerkschaften zunächst versuchen unter sich zu klären, um dann die Forderung gemeinsam gegenüber der Regierung zu vertreten.

-pp-

Rentenerhöhung in der DDR

Zum 1. Juli 1968 wurden in der DDR alle Renten erhöht, am meisten die Mindestrenten, u. zw. von 129 auf 150 Mark, ferner der Ehegattenzuschlag von 30 auf 40 Mark. Bei den neuen Richtlinien handelt es sich um mehr, als nur eine einfache Erhöhung der Renten. Für die neuen Rentenfälle ist die Rentenberechnung wesentlich verändert und vereinfacht worden. Der Rentenberechnung wird jetzt nur noch der in den letzten 20 Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalles erzielte Durchschnittsverdienst zugrundegelegt.

Der Beitragssatz zur Sozialversicherung der DDR beträgt nach wie vor 10 Prozent, der Höchstbeitrag 60 Mark im Monat, weil die Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze nicht erhöht oder aufgehoben, sondern bei 600 Mark belassen wurde. Ab 1. Juli besteht jetzt die Möglichkeit einer freiwilligen Zusatzversicherung, um die Rente zu steigern.

Zu guter Letzt:

Die von den Vietnam-Kriegsgegnern in den USA und in Europa heftig angegriffene DOW Chemical Company hat auf einer Jahreshauptversammlung der Aktionäre beschlossen, die Produktion von Napalm fortzusetzen. Der Beschluß wurde damit begründet, daß mit der Produktion von Napalm ein Beitrag zur „Humanisierung des Krieges“ geleistet würde.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Senger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 3638, Postscheckkonto Stuttgart 96019
Redaktion: Gard Siebert, 205 Hamburg 80,
Harnackring 31, Tel. 7 38 58 28

Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden.
Bei Nichterscheinungen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch.

Druck: Max Kriesteller, Hamburg-Altona,
Münsterstraße 9-11

Einzelpreis 0,75 DM. Halbjahres-Abonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet